

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A)
- Überweisungsvorschlag:  
Haushaltsausschuss (f)  
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und  
Geschäftsordnung  
Innenausschuss  
Rechtsausschuss  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- ZP 2 Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/  
CSU und FDP
- Parlamentsrechte im Rahmen zukünftiger  
europäischer Stabilisierungsmaßnahmen si-  
chern und stärken**
- Drucksache 17/6945 –
- Überweisungsvorschlag:  
Haushaltsausschuss (f)  
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und  
Geschäftsordnung  
Innenausschuss  
Rechtsausschuss  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für  
diese Aussprache zwei Stunden vorgesehen. – Ich stelle  
dazu Einvernehmen fest.
- Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem  
Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble.
- (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)
- (B)
- Dr. Wolfgang Schäuble**, Bundesminister der Finan-  
zen: (D)
- Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Diese Haushaltsdebatte steht, wie die öffentli-  
chen Diskussionen in diesen Wochen, im Zeichen der  
Turbulenzen der Finanzmärkte und der Notwendigkeit,  
unsere gemeinsame europäische Währung in diesen  
schwierigen Entwicklungen stabil zu halten und zu ver-  
teidigen.
- Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner gestri-  
gen Entscheidung erneut bestätigt, dass diese Politik, die  
gemeinsame europäische Währung mit Stabilisierungs-  
maßnahmen stabil zu halten, in vollem Umfang dem  
Grundgesetz entspricht und die Besorgnisse, wir würden  
auf irgendeine Weise gegen die Bestimmungen unserer  
Verfassung verstoßen, unbegründet sind. Wir werden im  
Zuge der Beratungen darüber diskutieren, wie die parla-  
mentarische Umsetzung der Entscheidung im Einzelnen  
aussehen wird; das Haushaltsrecht des Bundestages ist  
das Grundprinzip unserer parlamentarischen Demokra-  
tie. Das Bundesverfassungsgericht hat aber ausdrücklich  
klargestellt, dass die bisher getroffenen Entscheidungen  
in vollem Umfang dem Grundgesetz entsprechen.
- Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes  
zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines  
europäischen Stabilisierungsmechanismus passen wir  
unsere nationale Gesetzgebung an die Änderungen des  
Rahmenvertrags für die Europäische Finanz-Stabilitäts-  
Fazilität an, die im März und im Juli von den Staats- und  
Regierungschefs der Euro-Zone beschlossen worden
- Ich rufe nun die Zusatzpunkte 1 und 2 auf, die wir ge-  
rade auf die Tagesordnung gesetzt haben:
- ZP 1 Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/  
CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Ge-  
setzes zur Änderung des Gesetzes zur Über-  
nahme von Gewährleistungen im Rahmen ei-  
nes europäischen Stabilisierungsmechanismus**
- Drucksache 17/6916 –

**Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble**

- (A) sind, um diese vorübergehend geschaffene europäische Finanzierungsanstalt in die Lage zu versetzen, den Herausforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung an den Finanzmärkten gerecht zu werden.

Ich will bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf hinweisen: Der EFSF-Rahmenvertrag, den wir im Mai vergangenen Jahres sehr kurzfristig schaffen mussten, ist ein privatrechtlicher Vertrag.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das sehen wir anders, Herr Minister!)

Die Finanzierungsanstalt ist eine privatrechtliche Gesellschaft nach luxemburgischem Recht. Deswegen, Herr Kollege Trittin, ist es nach dem Grundgesetz gar nicht möglich, diesen Vertrag der Ratifizierung zuzuführen. Nur völkerrechtliche Verträge können nach dem Grundgesetz ratifiziert werden. Wir haben ihn allerdings mit dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus entsprechend in die nationale Gesetzgebung umgesetzt. Das ist nicht in allen Ländern der Euro-Zone gleich geregelt. Wir haben das Stabilisierungsmechanismengesetz beschlossen, um eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.

- (B) Das ist kein völkerrechtlicher Vertrag; aber wir wollen einen völkerrechtlichen Vertrag. Das wird der Vertrag über den Europäischen Stabilisierungsmechanismus sein, der – so ist es vorgesehen – 2013 in Kraft treten und dann eine internationale Finanzinstitution schaffen wird. Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Ich sage das, damit wir keinen Streit zu führen brauchen, der allenfalls zu Missverständnissen führen könnte.

Wir mussten diesen Mechanismus schaffen, damit aus den Problemen eines Landes der Euro-Zone keine Gefahr für die Stabilität der Euro-Zone als Ganzes werden kann. Denn wir mussten im vergangenen Jahr lernen – daraus haben wir die Konsequenzen gezogen –, welche Folgen die Schwierigkeiten eines Landes haben können. Es geht um Griechenland, ein Land mit einer hohen Verschuldung, hohen Defiziten, hoher Staatsverschuldung, unzureichenden Wachstumszahlen und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. All das stand durch den Druck, der durch die gemeinsame Währung entsteht, sehr viel stärker im Fokus der politischen Entwicklung. Damit aus den Problemen eines Landes mit einem Anteil von 2 Prozent an der gesamten Wirtschaftsleistung der Euro-Zone wegen der Ansteckungseffekte auf den Märkten keine Gefahr für die Stabilität der Euro-Zone insgesamt werden kann, brauchen wir diesen Stabilisierungsmechanismus.

Ich füge aber gleich hinzu: Es geht bei all diesen Hilfen im Zusammenhang mit dem Rettungsschirm immer um Hilfe zur Selbsthilfe. Anders ist das gar nicht möglich. Wir haben in der Euro-Zone die Währung vergemeinschaftet, aber nicht die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Deswegen können wir den Mitgliedsländern, die in Schwierigkeiten sind, helfen, Zeit zu gewinnen, ihre Probleme zu lösen; aber die Ursachen der Probleme müssen die Mitgliedsländer selbst beseitigen. Daran

- (C) führt kein Weg vorbei; das ist das Grundprinzip der europäischen Architektur. Das darf nicht übersehen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen kommen Länder, die in Schwierigkeiten sind, nicht um die notwendigen Anpassungen ihrer Haushalte und die Rückführung ihrer zu hohen Defizite herum. Das ist übrigens der Weg, den auch wir in Deutschland gehen, gerade auch mit dem Haushalt 2012. Diesen Weg müssen alle in Europa gehen. So ist es verabredet. Das muss eingehalten werden. Dazu haben sich alle verpflichtet. Wenn sie Probleme mit der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit haben, dann sind Struktur-reformen in diesen Ländern unvermeidlich, damit sie in einer Welt, in der der Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung der wirtschaftlichen Entwicklung größer wird und auf allen lastet, dem Wettbewerb standhalten können.

Hilfe zur Selbsthilfe: Wir verschaffen Ländern, die in Schwierigkeiten sind, mit diesem Rettungsschirm Zeit für die notwendige Anpassung und für die Lösung ihrer Probleme, damit sie die Zeit überbrücken können, in der sie aufgrund von nicht tragbaren Zinsbelastungen keinen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten haben, auf den sie angewiesen sind. Das geht nicht über Nacht. Es geht darum, ihnen Zeit zu verschaffen. Die Lösung der Strukturprobleme können wir ihnen nicht ersparen.

- (D) Deshalb stehen all diese Maßnahmen im Einzelfall und generell unter der Voraussetzung einer Vereinbarung strikter Konditionalität, dass also die notwendigen Anpassungsmaßnahmen zur Rückführung der Defizite und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mit den betroffenen Ländern vereinbart werden. So lautet das Stabilisierungsmechanismengesetz. Dies muss eingehalten werden und wird bei der Auszahlung jeder Tranche durch die unabhängigen Institutionen des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der Kommission der Europäischen Union überprüft.

So ist es schon bei dem vom EFSF geschaffenen Griechenland-Programm. Wir haben vereinbart, dass die Voraussetzungen für die Auszahlung der nächsten Tranche vierteljährlich überprüft werden müssen. Erst wenn die Überprüfung ergibt, dass die Voraussetzungen vorliegen und dass die Vereinbarungen eingehalten sind, kann die Tranche ausgezahlt werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Lage in Griechenland ist ernst, denn im Augenblick ist die Mission der Troika unterbrochen. Darüber darf es überhaupt keine Illusionen geben. Solange diese Mission nicht bestätigen kann, dass die Voraussetzungen erfüllt sind, kann die nächste Tranche für Griechenland nicht ausgezahlt werden.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: So ist es!)

Hier gibt es keinen Entscheidungsspielraum. Das ist in den Verträgen und in unserem Gesetz so beschlossen. Das muss jeder wissen. Deshalb ist die Situation ernst. Wir haben Verständnis für die Probleme in Griechen-

**Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble**

- (A) land. Ich habe es im Rahmen einer früheren Debatte gesagt: Die Rückführung der Defizite bringt für die betroffene Bevölkerung schwere Belastungen mit sich.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Darüber sollte niemand mit Häme reden. Wer aber jahrelang zu hohe Schulden macht, kommt um Anpassungsmaßnahmen nicht herum.

Daher sage ich bei allem Respekt und bei aller Sympathie für das griechische Volk: Die Anpassungsmaßnahmen können wir Griechenland nicht ersparen. Letzten Endes ist es Sache Griechenlands selbst, zu entscheiden, ob man dort bereit und in der Lage ist, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um die Defizite und die zu hohe Verschuldung zurückzuführen. Das muss Griechenland selbst entscheiden. Anspruch auf Solidarität hat Griechenland, und Deutschland wird seine Solidarität zur Verteidigung der gemeinsamen Währung nicht verweigern. Darauf kann sich Griechenland verlassen. Es muss aber seinen eigenen Beitrag leisten, und es muss am Ende selbst entscheiden. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Die Änderungen des Rahmenvertrags über die europäische Finanzierungsanstalt sehen vor, dass wir sicherstellen, dass die ursprünglich vereinbarte Summe an Finanzhilfen bis zu einer Obergrenze von 440 Milliarden Euro, für die entsprechende Anpassungsprogramme vereinbart werden mussten und vereinbart worden sind, zur Verfügung gestellt werden kann. Diese Finanzierungsanstalt arbeitet nach dem Prinzip, dass sie Finanzhilfen zur Verfügung stellt und die Mittel dazu auf den Finanzmärkten aufnimmt. Dafür verbürgen sich die Mitgliedsländer der Euro-Zone. Da für eine entsprechende Bewertung der Ratingagenturen nur die Verbürgung durch die Mitgliedsländer der Euro-Zone, die über die Höchstbewertung durch das sogenannte Triple A verfügen, zählt und angerechnet wird, brauchen wir in dieser Finanzierungsanstalt eine Übersicherung.

Daher ergibt sich die komplizierte Zahl. Um 440 Milliarden Euro darzustellen, brauchen wir eine Garantiesumme von rund 750 Milliarden Euro. Deutschland muss – seinem Anteil an der wirtschaftlichen Gesamtleistung der Euro-Zone entsprechend – davon einen Anteil von rund 28 Prozent tragen. Das heißt, unsere Garantieleistungen belaufen sich nach der vorgeschlagenen Änderung auf bis zu 211 Milliarden Euro, wobei die Zinsen – unserem Haushaltsrecht entsprechend – nicht eingeschlossen sind. Wir machen es bei allen Gewährleistungen nach der Bundeshaushaltsordnung so, dass die Zinsen nicht eingerechnet werden. Dies muss man im Auge haben. Daher sagen manche, es werden bis zu 250 Milliarden Euro. Wir sollten aber durch unterschiedliche Zahlen keinen Grund für neue Verunsicherungen schaffen. Das festgelegte Garantievolumen beläuft sich auf 211 Milliarden Euro. Dazu kommen – unserem Haushaltsrecht entsprechend – Zinsen in einer entsprechenden Größenordnung.

(C) Darüber hinaus haben wir im Änderungsvertrag zum Rahmenvertrag vereinbart, dass wir der europäischen Finanzierungsanstalt zusätzliche Instrumente zur Verfügung stellen. Diese Instrumente werden nur unter der Voraussetzung eingesetzt, dass mit einem Land, zu dessen Gunsten sie eingesetzt werden sollen, entsprechende Anpassungsmaßnahmen vereinbart sind. Alle Maßnahmen des EFSF unterliegen der Voraussetzung, dass entsprechende Programme vereinbart sind. Das ist eine ganz klare Regelung.

(D) Aber es sollen zusätzlich zu dem bisherigen Instrument, dass man gegebenenfalls Finanzhilfen zur Verfügung stellen kann, weitere Instrumente geschaffen werden, sodass man analog zu den Möglichkeiten, über die der Internationale Währungsfonds verfügt, einen – ich sage es einmal untechnisch – Überziehungskredit vereinbart, also dass man die Möglichkeit hat, eine Kreditlinie einzuräumen. Diese muss ein Land nicht in Anspruch nehmen, aber das stärkt das Vertrauen der Finanzmärkte, weil ein Land unter allen Umständen liquide bleiben kann, weil es entsprechende Überziehungsmöglichkeiten hat. Gerade wegen der besorgniserregenden Meldungen aus der Euro-Zone ist es ganz wichtig, dass die Finanzierungsanstalt in der Lage ist, Ländern notfalls kurzfristige Mittel für die Kapitalisierung von Banken zur Verfügung zu stellen. Wenn wir eine Zuspitzung der Krise bekommen sollten – wir wollen sie vermeiden, daran arbeiten wir, aber man muss auch an unangenehmere Entwicklungen denken –, ist es wichtig, dass wir Ansteckungsgefahren im Bankensektor durch Zurverfügungstellung von zusätzlichem Kapital bekämpfen können. Mit dem Änderungsvertrag verschaffen wir der Finanzierungsanstalt die notwendigen Möglichkeiten.

Schließlich wollen wir ein Anpassungsprogramm vereinbaren. Unter engen Voraussetzungen soll die Möglichkeit bestehen – unter Berücksichtigung der Gefährdung der Stabilität der Euro-Zone als Ganzes durch Ansteckungsgefahren; das muss ausdrücklich noch einmal zusätzlich von der Europäischen Zentralbank bestätigt werden –, an europäischen Sekundärmärkten zu operieren. Ich denke an die Diskussion im vergangenen Jahr, bei der es darum ging, ob es denn unserem Verständnis einer unabhängigen Europäischen Zentralbank entspreche, wenn die Europäische Zentralbank am Sekundärmarkt operiert. Bisher gibt es außer der Europäischen Zentralbank niemanden, der das tun kann. Wir schaffen im Rahmen der Finanz-Stabilitäts-Fazilität die Möglichkeit, das unter engen Voraussetzungen zu tun. Ich wiederhole: Alles nur unter der Voraussetzung, dass entsprechende Anpassungsmaßnahmen mit den betreffenden Ländern vereinbart worden sind.

Ich will hinzufügen: Wir haben schon im März vereinbart, dass die Finanzierungsanstalt unter engen Voraussetzungen auch am Primärmarkt operieren kann. Angesichts mancher Missverständnisse will ich darauf hinweisen – das ist im März ausdrücklich vereinbart worden –: nur unter der Voraussetzung, dass die Finanzierungsanstalt dem Land unmittelbar einen Kredit gewähren könnte. Dann kann es dort freie Gestaltung geben, wo es wirtschaftlich sehr viel sinnvoller ist. Man gibt also keinen Kredit, sondern man operiert in einem

**Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble**

- (A) begrenzten Umfang am Primärmarkt. Das ist keine generelle Ermächtigung, dass die Finanzierungsanstalt die Haushalte von Mitgliedern der Euro-Zone finanzieren kann. Genau dies ist ausgeschlossen. Nur unter der Voraussetzung der Gewährung einer Finanzhilfe kann in Ausnahmefällen auch auf dem Primärmarkt operiert werden.

Wir müssen die derzeitigen Schwierigkeiten auf der Grundlage geltender Verträge – eine andere Grundlage haben wir nicht – bewältigen. Das ist das, was wir leisten können. Angesichts der Debatte über die Beteiligung der Privatgläubiger will ich darauf hinweisen – das muss man wissen –, was Privatgläubigerbeteiligung auf der Grundlage geltender Verträge bedeutet – das betrifft insbesondere die geltenden Verträge bezüglich der im Markt befindlichen Anleihen –: Wenn man einen Default, also einen Konkurs mit der Auslösung aller Kreditversicherungsverträge vermeiden will, kann die Beteiligung nur im Wege der Vereinbarung erfolgen. Deswegen haben wir bei dem Entwurf eines zweiten Griechenland-Programms den mühsamen Weg gehen müssen, der in der Öffentlichkeit nicht einfach darzustellen und zu erläutern ist. Das liegt in der Natur der Sache. Deswegen nutze ich die Gelegenheit, das zu erläutern.

Wir haben den Weg der Vereinbarung mit den Finanzinstituten gehen müssen, weil alles andere den getroffenen Vereinbarungen widersprochen hätte, und wir können in Europa nicht anfangen, uns an getroffene Verträge nicht mehr zu halten. Deswegen sieht der Vertrag zur Schaffung der internationalen Institution Europäischer Stabilisierungsmechanismus, ESM, vor, dass wir den Stabilisierungsmechanismus ab 2013 ausdrücklich in das Regelwerk aufnehmen und alle Anleihen, die ab 2013, also in der Zukunft, von Mitgliedstaaten der Euro-Zone begeben werden, eine Klausel enthalten, die im Falle einer nicht vorhandenen Schuldentragfähigkeit eine Anpassung vorsieht. In Zukunft werden wir also mehr Möglichkeiten haben. Gegenwärtig müssen wir aber mit den vorhandenen Instrumentarien zurechtkommen.

- (B)

Ich füge hinzu: Die Debatte über ein zweites Programm für Griechenland ist angesichts der Schwierigkeiten, Griechenland im Rahmen des jetzigen Programms die nächste Tranche ausbezahlen, sehr verfrüht. Deswegen glaube ich, dass wir uns zunächst einmal darauf konzentrieren müssen: Erfüllt Griechenland überhaupt die entsprechenden Voraussetzungen, damit die nächste Tranche ausbezahlt werden kann? Es mag sein, dass daraus Konsequenzen gezogen werden müssen, und zwar auch für ein neues Griechenland-Programm.

Wir leisten das, was wir auf der Grundlage der im Augenblick geltenden Verträge leisten können. Die Bundeskanzlerin und der französische Staatspräsident haben eine Menge Vorschläge erarbeitet, wie wir die Handlungsfähigkeit innerhalb der Euro-Zone und die Mechanismen, nach denen wir in der Euro-Zone zu Entscheidungen kommen, verbessern können. Das erfordert keine Vertragsänderungen. Wir sollten vielleicht darüber nachdenken, wie wir die Sanktionsmechanismen verändern können, damit bei Verstößen gegen eingegangene Verpflichtungen Sanktionen schneller ausgesprochen

werden können. Es muss auch um die Verhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission und die quasi automatischen Sanktionen bei Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts gehen. Das müssen wir verbessern.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nichts „quasi“! Nichts „automatisch“! Das stimmt doch gar nicht!)

– Quasi automatisch.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Wenn Sarkozy Ja sagt, ist das automatisch!)

– Ja, gut: Quasi automatisch mit dem sogenannten Six-pack. – Das ist das, was auf der Grundlage geltender Verträge möglich ist. In diesen Tagen zeichnet sich ab, dass wir ein Ergebnis finden werden.

Ich möchte eine weitere Bemerkung hinzufügen: Gerade die Schwierigkeit, auf Grundlage der geltenden Verträge und der geltenden Rechtslage eine Beruhigung der Märkte herbeizuführen, zeigt, dass die Märkte erwarten, dass wir eine Struktur für Europa schaffen, dass wir für die gemeinsame Währung bessere institutionelle Vorkehrungen treffen. Das wird ein langer Weg sein. In diese Richtung müssen wir gehen. Dafür müssen wir arbeiten; aber heute und morgen müssen wir unsere gemeinsame Währung – das liegt in unserem gemeinsamen Interesse und ist im Sinne unserer Verantwortung – mit den Mitteln, die wir haben, verteidigen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun der Kollege Sigmar Gabriel für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Sigmar Gabriel (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Schäuble, wir alle wissen, dass Sie nicht nur ein konservativer, sondern vor allen Dingen auch ein leidenschaftlicher und überzeugter Europäer sind. Ich erinnere mich noch gut an die Rede, mit der Sie hier vor einigen Monaten das Festhalten am europäischen Projekt begründet haben. Vieles von dem, was Sie damals und heute hier erläutert haben, teilen wir. Wir finden das – das sage ich ausdrücklich – richtig. Ich frage mich nur: Warum haben Sie als einer der überzeugtesten Europäer Ihrer Koalition zugelassen, dass die gesamte europäische und internationale Politik, vor allem die Finanzmärkte, von denen Sie jetzt sagen, wir müssten sie beruhigen, durch die deutsche Haltung bei der Lösung der Krise so stark irritiert und verunsichert wurden? Bei allem Respekt für Ihre Haltung: Was war denn das, was wir in den letzten 18 Monaten erlebt haben? Sie persönlich, Herr Schäuble, und Ihre Bundeskanzlerin haben vor einem Jahr behauptet, keinen Cent für Griechenland geben zu wollen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Falsch!)

(C)  
(D)

**Sigmar Gabriel**

- (A) – Oh. – Am 30. Dezember 2009 ging es im *Handelsblatt* los. Ich zitiere Herrn Schäuble: „Es wäre falsch verstandene Solidarität, wenn wir den Griechen ... unter die Arme greifen würden.“

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Guck an!)

Herr Brüderle sagte am 5. März: „Wir haben nicht die Absicht, einen Cent zu geben.“

Herr Schäuble, wir haben Sie von Anfang an vor diesem Euro-Populismus gewarnt. Aber auch im Jahr 2011 wurden Sie nicht klüger. Erst haben Sie monatelang eine europäische Wirtschaftsregierung abgelehnt, um sie dann in einer deutsch-französischen Initiative einzufordern. Natürlich hat Ihnen Ihr bayerischer Ministerpräsident sofort widersprochen; vermutlich hat er Ihre Äußerungen gegen eine Wirtschaftsregierung vorher für ernst gemeint gehalten. Ihnen blieb dann nichts anderes mehr übrig, Frau Bundeskanzlerin, als das als einen Übersetzungsfehler darzustellen; ich vermute: bei der Übersetzung in die bayerische Mundart.

Ich kann die Liste der Beispiele fast endlos fortsetzen: von der Ablehnung der Gläubigerbeteiligung, dem Schuldenschnitt, der Finanztransaktionsteuer im Euro-Raum, die Sie, Herr Schäuble, heute selber fordern, bis zum Kauf von Staatsanleihen der Krisenländer durch den Rettungsschirm. Es gab Tage, da musste man Gedächtnisverlust im Stundentakt haben, um die Widersprüche Ihrer Politik nicht zu bemerken. Herr Kollege Schäuble, jeder, der sich mit der Krise befasst, weiß, dass es schwer ist, den richtigen Weg zu finden. Jeder weiß, dass es keine einfachen Lösungen gibt und dass manches, was man gestern noch für undenkbar hielt, morgen bereits gemacht werden muss. Deshalb werfe ich Ihnen den Wechsel mancher Positionen nicht wirklich vor – Sie mussten sich vorsichtig vortasten –, aber was ich Ihnen vorwerfe, ist die Selbstgerechtigkeit, mit der Sie uns vorgestern und gestern hier im Haus Lehren erteilen wollten.

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Noch viel schlimmer ist: Sie haben mit Ihren kurz-sichtigen und dummen Parolen die Öffentlichkeit und Ihre eigenen Abgeordneten immer erst richtig auf die Bäume getrieben

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

und wissen jetzt nicht, wie Sie sie wieder herunterbekommen sollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben dem Boulevard und den Stammtischen Ihrer eigenen Fraktion Zucker gegeben, und deshalb müssen Sie jetzt um Ihre eigene Mehrheit fürchten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (C) Frau Merkel und Sie sind wie zwei Zauberlehrlinge, die die Geister nicht mehr loswerden, die sie selber gerufen haben. Die Rede der Kanzlerin gestern war das beste Indiz dafür.

(Zuruf des Abg. Marco Buschmann [FDP])

Die Rechtfertigungsrhetorik und die Haltet-den-Dieb-Rhetorik dienen doch ausschließlich dazu, die unübersehbaren Lücken in Ihrer Koalition zu vertuschen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie und Ihr Finanzminister tun jetzt so, als sei das, was Sie heute hier dem Parlament vorlegen, keine Vergemeinschaftung von Schulden. Sagen Sie einmal: Für wie dumm halten Sie eigentlich Ihre eigenen Abgeordneten?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Frau Bundeskanzlerin, viele Ihrer Kollegen durchschauen doch, dass Sie selbst längst die Vergemeinschaftung der Schulden von Griechenland, Portugal, Spanien und Italien vorangetrieben haben. Wer haftet denn für die Schuldtitel der Krisenstaaten in Höhe von 120 Milliarden Euro, die die Europäische Zentralbank aufkaufen musste, weil Sie, Frau Merkel, diesen Kauf durch den Rettungsschirm noch im März dieses Jahres verhindert haben?

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Jawohl!)

- (D) Natürlich die Euro-Staaten, die an der Europäischen Zentralbank beteiligt sind, also auch Deutschland. In den Tresoren der Europäischen Zentralbank liegen die ersten 120 Milliarden Euro an vergemeinschafteten Schulden. Das sind die ersten Merkel-Bonds, die wir hier im Hause bekommen haben.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Bundesministers Dr. Guido Westerwelle – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das ist unter Stammtischniveau!)

– Ihre Kollegen lachen nicht, weil sie wissen, dass Sie schon die ersten 120 Milliarden Euro vergemeinschaftet haben.

Es war übrigens Deutschland, es war einer Ihrer Vorgänger, Frau Bundeskanzlerin, Helmut Kohl, und einer der Vorgänger von Herrn Schäuble, Herr Waigel, die bei der Währungsunion darauf geachtet haben, dass die Europäische Zentralbank eine neutrale Rolle als Währungshüterin genauso wie vorher die Bundesbank als Auftrag bekommen hat. Die Neutralität der Europäischen Zentralbank war einmal der sicherste Stabilitätsanker des Euro. Und was machen Sie? Sie haben aus diesem Stabilitätsanker, aus der EZB, eine europäische Bad Bank gemacht,

(Marco Buschmann [FDP]: Ach was! Es geht um Stabilität!)

die sich inzwischen gegen die Gläubigerbeteiligung in der Finanzkrise wehren muss, weil sie sonst selber in Gefahr gerät. Sie haben sie zum Bestandteil der Krise

**Sigmar Gabriel**

- (A) statt zum Schützer der Währung in Europa gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schäuble, wir verstehen ja, dass Sie auf der Basis der geltenden Verträge eine Gläubigerbeteiligung nur in Verhandlungen durchsetzen können. Aber das heißt nicht, dass man das, was die Banken einem vorlegen, auch gleich unterschreiben muss. Wissen Sie: Sie nehmen den Mund ja gern ziemlich voll,

(Otto Fricke [FDP]: Oh! Das sagt der Richtige!)

wenn Sie SPD und Grüne für den damaligen Umgang mit den Stabilitätskriterien von Maastricht kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Otto Fricke [FDP]: Zu Recht!)

– Ja, das wusste ich. Ich wollte Ihnen auch einmal einen Gefallen tun

(Otto Fricke [FDP]: Das gelingt Ihnen nicht!)

und das in meiner Rede erwähnen. Selbst wenn man unterstellt, Sie hätten recht: Niemals zuvor hat jemand den wichtigsten Stabilitätsanker des Euro so sehr und nachhaltig beschädigt wie Sie und Ihre orientierungslose Regierung im Umgang mit der Europäischen Zentralbank. Dafür sind Sie zu Recht vom Bundespräsidenten heftig kritisiert worden.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Heute folgt nun der zweite Schritt zur Vergemeinschaftung von Schulden, diesmal Gott sei Dank nicht mehr über die EZB, sondern über den Rettungsschirm, die EFSF. Herr Schäuble, Frau Merkel, Sie haben noch vor wenigen Monaten erklärt, Sie seien gegen den Ankauf von Schuldtiteln auf den Sekundärmärkten durch den Euro-Rettungsschirm.

(Thomas Oppermann [SPD]: Richtig!)

Heute schlagen Sie in dem vorgelegten Gesetzentwurf genau diesen Ankauf von Schuldtiteln vor, weil Sie wahrscheinlich gemerkt haben, dass Ihre fatale Haltung zur EZB die Währungsstabilität auf Dauer gefährdet. Heute schlagen Sie also das genaue Gegenteil von dem vor, was Sie noch vor wenigen Monaten verteuftelt haben: den Ankauf von Schuldtiteln durch die EFSF.

(Marco Buschmann [FDP]: Und was machen Sie? Wie lauten denn Ihre Vorschläge?)

Natürlich setzen Sie damit den Weg in die Vergemeinschaftung der Schulden in der Euro-Zone fort. Deutschland haftet im schlimmsten Fall mit mehr als 200 Milliarden Euro. Das ist die zweite Tranche der Merkel-Bonds, meine Damen und Herren. Das ist die Realität, vor der wir stehen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei Ihnen und Ihrer Haltung wächst nichts mehr zusammen, weil auch nichts zusammengehört. Der Unter-

schied zu Euro-Bonds ist doch nur noch, dass diese tatsächlich eine echte Änderung der EU-Verträge erfordern und deshalb wirklich nicht so schnell realisierbar wären. (C)

(Otto Fricke [FDP]: Aha! Interessant!)

Wir glauben, dass wir diese Vertragsänderungen mittelfristig brauchen. Denn die Einflussnahme auf die Haushalts-, die Finanz- und die Steuerpolitik der Euro-Krisenstaaten ist ohne Vertragsänderungen aus unserer Sicht zu gering. Wer die Hilfe anderer Mitgliedstaaten braucht, muss akzeptieren, dass diese Mitgliedstaaten über die Europäische Union auch Einfluss auf die Finanzpolitik, die Haushalte und die Steuerpolitik der Krisenstaaten erhalten. Nur so schaffen wir auf Dauer Stabilität.

(Beifall bei der SPD)

Sie selbst, Herr Schäuble, wollen diese Vertragsänderungen ja. Nur: Ihre Kanzlerin folgt Ihnen mal wieder nicht. Nichts scheut die Bundeskanzlerin so sehr wie starke EU-Institutionen. Anders als Sie, Herr Schäuble, nimmt die Kanzlerin lieber die Risiken eines schwachen Europas in Kauf, als Souveränität an Europa abzugeben.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Was? Sie waren wohl gestern nicht hier!)

Genau das ist der politische Bruch mit allen Kanzlern vor ihr. Angela Merkel ist die erste Kanzlerin der Republik, der genau dieses Bewusstsein fehlt. Deshalb schrieb Helmut Kohl ihr ins Stammbuch – ich zitiere –: „... keinen Standpunkt oder keine Idee ... , wo man hingehört und wo man hin will.“ Meine Damen und Herren, wenn der Kopf der Regierung nicht wirklich von Europa überzeugt ist, wie soll es dann der Rest sein? Kein Wunder, dass bei Ihnen ständig alles zerstritten und zerredet wird. (D)

(Marco Buschmann [FDP]: Mich würde interessieren, was wohl Hans-Jochen Vogel Ihnen ins Stammbuch schreiben würde!)

Ein Hühnerhaufen ist im Vergleich zu Ihrer Truppe eine ziemlich geordnete Formation. Wer heute von außerhalb Deutschlands auf Ihre Europapolitik schaut, der kann vieles erkennen, aber keine klare Linie und kein Konzept.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Schäuble, Sie hätten das, was Sie wissen und auch selber meinen, von Anfang an offen sagen müssen, vor allen Dingen hätten Sie konsequent die Wahrheit sagen müssen. Die Wahrheit ist: Sie sind längst auf dem Weg in die Vergemeinschaftung von Schulden. Die heimliche Vergemeinschaftung von Schulden durch die Zerstörung der Handlungsfähigkeit der EZB muss ein Ende haben. Deshalb ist die EFSF jetzt der richtige Schritt. Die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten im Hinblick auf die Haushalte und Schulden der Euro-Mitgliedstaaten müssen aber dringend erweitert werden. Dabei müssen wir endlich die Geburtsfehler des Euro beheben. Wir brauchen mehr europäischen Einfluss auf

Sigmar Gabriel

- (A) die Stabilitäts-, Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten.

(Beifall bei der SPD)

Was wir heute hier im Bundestag vorgelegt bekommen, sind erste Schritte auf diesem richtigen Weg. Das ist in der Tat schwierig und wird vermutlich auch nicht ausreichen; aber es sind eben die ersten richtigen Schritte dieser Regierung in der Euro-Krise. Deshalb werden wir sie mitgehen.

Neben Ihrem Zickzackkurs ist der wohl fundamentalste europapolitische Fehler von CDU/CSU und FDP die verkürzte Kosten-Nutzen-Rechnung der gesamten Euro-Debatte, die Sie hier ständig angeführt haben. Deutschland wird von Ihnen ständig als Zahlmeister hingestellt, der für die Faulheit anderer immer zur Kasse gebeten werden soll. Auch wir Sozialdemokraten wollen die Fehler – die Korruption und vor allen Dingen den Betrug unter der konservativen christdemokratischen Regierung in Griechenland, der Vorgängerregierung des heutigen Ministerpräsidenten – nicht rechtfertigen. Das wäre unverantwortlich. Auch wir sagen: Griechenland kann nur europäische Hilfen erhalten, wenn es seine Zusagen einhält. Aber es sind eben nicht vor allem unverantwortliche Regierungen gewesen, die Europa an den Rand des Abgrunds geführt haben.

(Zuruf von der FDP: Wer hat denn die Schulden gemacht?)

In Irland, in Spanien und Portugal sind es vor allen Dingen unverantwortliche Banken und Spekulanten gewesen, die diese Euro-Länder in die katastrophale Verschuldung getrieben haben.

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Nichts anderes ist auch bei uns der Fall. Es ist wirklich unfassbar, dass Ihre Kanzlerin gestern schon wieder so getan hat, als wären die Staatsschulden in den Euro-Mitgliedstaaten allein durch falsches Regierungshandeln entstanden, als litten alle unter zu hohen Staatsschulden, weil sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten.

(Otto Fricke [FDP]: Ja, wer hat denn die Schulden gemacht?)

– Sie rufen auch noch „Ja“. – Die Wahrheit ist doch, dass diese Staatsschulden ganz wesentlich durch den Verlustsozialismus des Bankensektors entstanden sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Interessant, dass die CDU das eigentlich unkommentiert hinnimmt, aber ausgerechnet die FDP unruhig wird, wenn man die Banken kritisiert.

Sie verkleistern die Gründe für die Schuldenkrise, und man fragt sich: Warum? Weil Sie die Finanzmärkte immer noch schonen wollen? In Wahrheit ist dieses dumme Modell der wirtschaftlichen und sozialen Staatsfeindlichkeit, das Sie noch ständig verteidigen, doch längst gescheitert. In Wahrheit hat das Modell weltweit gewonnen, das Sie in den 90er-Jahren so massiv be-

kämpft haben und das die FDP noch heute bekämpft, nämlich das deutsche Modell der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Gewerkschaften und Staat. Es ist das Modell der Sozialpartnerschaft, das Spielregeln für Wirtschaft, Entwicklung und soziale Entwicklung setzt. Ausgerechnet dieses Modell, bei dem der Staat in Krisenzeiten interveniert, hat Ihre Kanzlerin noch gestern zum Hauptgrund der Krise in Europa erklärt. Vielleicht sollten diejenigen in der CDU/CSU, die sich in der Geschichte der Republik ein bisschen besser auskennen, der Kanzlerin mal erklären, wo tatsächlich die Schulden in Deutschland entstanden sind.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Bei euch!)

– Herr Kauder, wollen Sie es vorgelesen bekommen? Das kann ich gerne machen. Bei Ihnen kann man ja relativ häufig mit Zwischenrufen rechnen. – Frau Kanzlerin, es ist sehr interessant, dass Sie gestern – da habe ich zugehört – gesagt haben, das habe mit der Großen Koalition in den 60er-Jahren begonnen. Bis 1982 – da fand die Regierungsübernahme durch CDU/CSU und FDP statt – hatte Westdeutschland 314 Milliarden Euro Schulden. Das waren ungefähr 37 Prozent des BIP. 1989 waren es schon 474 Milliarden Euro und 45 Prozent des BIP. Dann kam das Versprechen des CDU-Bundeskanzlers, die deutsche Einheit koste nichts, und dann waren es 1,2 Billionen Euro und 60 Prozent des BIP.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie wollten die deutsche Einheit doch nie! Sie waren gegen die deutsche Einheit!)

Unsere Schulden haben ganz wenig damit zu tun, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten, aber ganz viel mit Ihrer gescheiterten Ideologie freier Märkte und ganz viel mit gebrochenen Wahlversprechen in Deutschland, unter anderem auch beim Umgang mit der deutschen Einheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Anstatt daraus etwas zu lernen und endlich aufzuhören, den Menschen unhaltbare Versprechungen zu machen, machen Sie – Sie haben nichts gelernt – im Gegenteil so weiter wie vorher. Jetzt versprechen Sie schon wieder Steuergeschenke, die unbezahlbar sind. Während wir noch fast 30 Milliarden Euro neue Schulden machen, fantasieren Sie über Steuersenkungen von mehr als 10 Milliarden Euro pro Jahr. Sie sind wirklich nicht mehr ganz bei Trost, meine Damen und Herren. Anders kann man das nicht bezeichnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Krise des Euro ist ganz wesentlich eine Krise der verwahrlosten Finanzmärkte. Es war eben ein konservativer und liberaler Irrglaube, diese Ideologie der Marktgläubigkeit und der Staatsfeindlichkeit, die Einstellung, alles das, was Finanzmärkte tun, ihren eigenen Regeln zu überlassen, jahrelang vertreten zu haben. Wir sagen Ihnen: Diese Dominanz der Finanzmärkte sind wir nicht länger bereit zu dulden; denn sie ist ohne jede demokratische Legitimation. Sie berührt inzwischen auch die

**Sigmar Gabriel**

- (A) Demokratie selbst. Sie bedroht Europa nicht nur als Wirtschaftsstandort, sondern auch als Lebensort, Wertegemeinschaft und funktionsfähige Demokratie.

Weil Ihre Diagnose falsch ist und Sie immer noch glauben, die Menschen lebten über ihre Verhältnisse, statt zu schauen, welche Krisen in den Finanzmärkten entstehen, und diesen Verlustsozialismus zu beenden, haben Sie auch noch die falsche Therapie. Es reicht eben nicht aus, einzig und allein auf das Sparen zu setzen. Um jedem Missverständnis vorzubeugen: Natürlich gehört Sparen dazu. Vor allem die konjunkturunabhängigen Staatsausgaben in den Krisenstaaten müssen runter.

(Otto Fricke [FDP]: Aha! Bei uns auch?)

Aber ich weiß auch noch, wie uns hier von Herrn Westerwelle und anderen Irland als leuchtendes Beispiel eines deregulierten Niedriglohn- und Niedrigsteuerlandes vorgestellt wurde.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, neben dem Sparen muss man als Zweites Ihre Ideologie des Niedrigsteuerlandes beenden. Man muss dafür sorgen, dass in diesen Ländern die Steuern erhoben werden, die nötig sind, um den Staatshaushalt zu finanzieren. Wir können doch nicht in Deutschland den Menschen Steuern abverlangen und anderswo in einen Steuerdumpingwettbewerb eintreten. Das muss doch endlich beendet werden. Dazu gab es von Ihnen kein einziges Wort.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ludwig Erhard mit seinen Sparappellen – Sie haben ja mit Ihrem Blick zurück auf die erste Große Koalition weit in die Vergangenheit geschaut, Frau Bundeskanzlerin; ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie darüber nicht allzu viel wissen –

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Dummer Spruch!)

und seiner Aufforderung, Maß zu halten – für ihn war Sparen die einzige Antwort auf die erste Krise –, ist rasant gescheitert. Danach kamen unter anderem Schmidt und Schiller und haben erklärt: Preisstabilität ist wichtig, aber wir müssen genauso in Wachstum und Beschäftigung investieren. Ich sage Ihnen, was wir brauchen: Weniger Erhard und Merkel, mehr Schmidt und Schiller in Europa! Das ist die richtige Entwicklung für Deutschland.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist nur noch peinlich!)

– Haben Sie etwas zu sagen, Herr Kauder?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist nur noch peinlich! Bei Ihnen fällt einem fast nichts mehr ein!)

– Herr Kauder, Sie scheinen nicht einmal zu wissen, dass das Gesetz, das damals in der Großen Koalition gegen

den Willen von Ludwig Erhard beschlossen wurde, bis heute gilt. Das ist das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das weiß ich sehr wohl!)

Dass bei Ihnen offensichtlich der Zustand erreicht ist, dass Sie inzwischen selber nicht mehr wissen, was in Deutschland Recht und Gesetz ist, das wundert mich allerdings.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Weniger Gabriel! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Dafür brauche ich Sie aber nicht!)

– Anscheinend doch, sonst würden Sie nicht so seltsame Zwischenrufe machen. Schade, dass die nicht jeder hören kann.

Damit Sie wissen, worum es geht, Herr Kauder: Das ist nicht nur Philosophie. Es geht um Folgendes: Wie wachsen die Menschen auf, die morgen und übermorgen Europa sein werden? Als wir alle groß geworden sind, war Europa ein Zeichen der Hoffnung und der Perspektive für junge Menschen. Das hat sich ins Gegenteil verkehrt: 45 Prozent Arbeitslosigkeit in Spanien, 40 Prozent in Griechenland, 22 Prozent in Frankreich und 20 Prozent in England.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Und in Deutschland, Herr Gabriel?)

– Wissen Sie, warum bei uns die Arbeitslosigkeit niedriger ist? Weil wir das getan haben, was Ihre Kanzlerin gestern als Ursache aller Krisen angesehen hat: Wir haben in der Krise investiert, Konjunkturprogramme aufgelegt und uns in der Krise verschuldet. Das ist der Grund, warum wir aus der Krise besser als andere herausgekommen sind. (D)

(Beifall bei der SPD)

Jetzt, wo die Krise vorbei ist, wollen wir die Schulden herunterführen und keine Steuergeschenke machen. Statt dumme Vorschläge über Goldreserven und anderes zu machen, mit denen Frau von der Leyen in der letzten Zeit aufgefallen ist, sollte die deutsche Arbeitsministerin ihre Kollegen einmal einladen und darüber reden, ein Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa aufzulegen. Das sind nämlich die Menschen, die morgen Europa tragen sollen. Aber nichts davon bringen Sie auf den Weg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Stellen Sie das dumme Gerede vom „Zahlmeister Europas“ ein. In Wahrheit sind wir die politischen und die wirtschaftlichen Gewinner Europas und des Euros – politisch, weil es die deutsche Einheit ohne Europa gar nicht gäbe und weil nichts, was wir jetzt erleben, so teuer sein kann, wie es ohne die deutsche Einheit geworden wäre. Der Zugewinn an Freiheit und Sicherheit und die wirtschaftliche Prosperität können durch nichts ersetzt werden.



**Sigmar Gabriel**

- (A) (Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sie haben uns doch gerade die Kosten der Wiedervereinigung vorgeworfen!)

– Nein, ich habe Ihnen vorgeworfen, dass Sie damals die Menschen über die Kosten der Wiedervereinigung beschwindelt haben. Das habe ich Ihnen vorgeworfen, nicht die Kosten selber.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben doch gesagt: Dafür brauchen wir keine Steuererhöhung, das zahlen wir alles so. – 1,2 Billionen Euro Staatsverschuldung sind daraus geworden.

Wir sind auch die wirtschaftlichen Gewinner, weil wir eine Exportnation sind. Statt das als Bundesregierung von Anfang an zu sagen und für die Mithilfe in Europa durch Deutschland zu werben, haben Sie die Leute erst mit Stammtischparolen – die Griechen sollen ihre Inseln verkaufen, und ich weiß nicht, was noch alles – auf die Bäume gebracht.

Die Sozialdemokraten haben als Antwort auf – –

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Gabriel, möchten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Altmaier beantworten?

**Sigmar Gabriel (SPD):**

Gerne.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

- (B) Bitte schön.

**Peter Altmaier (CDU/CSU):**

Herr Kollege Gabriel, Sie haben vorhin gesagt: Wir brauchen mehr Schmidt und Schiller. – Ist Ihnen erstens bekannt, dass der damalige Finanz- und Wirtschaftsminister Karl Schiller 1972 aus der SPD ausgetreten und als Minister zurückgetreten ist, weil er mit der Verschuldens- und Inflationspolitik seiner eigenen Partei nichts zu tun haben wollte?

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Der ist wieder eingetreten!)

Ist Ihnen zweitens bekannt, dass sein Nachfolger damals Helmut Schmidt war, der bereit war, diese Politik mit dem Spruch „Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslosigkeit“ fortzusetzen, und dass am Ende der Amtszeit dieses Ministers 5 Prozent Arbeitslosigkeit und 5 Prozent Inflation zu verzeichnen waren?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Sigmar Gabriel (SPD):**

Erstens. Mir ist bekannt, dass Karl Schiller später wieder in die SPD eingetreten ist. Ich glaube, heute ist Peer Steinbrück Vorsitzender einer Gesellschaft, die das Ziel hat, sein Erbe und seine Vernunft im Bereich der Wirtschaftspolitik in Deutschland wachzuhalten.

(Beifall bei der SPD – Peter Altmaier [CDU/CSU]: Aber ausgetreten ist er!)

- Ja, natürlich. Wenn man wieder eintritt, muss man vorher ausgetreten sein. Anders geht das, glaube ich, selbst bei Ihnen nicht. (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist eine schwache Antwort!)

Zweitens. Es ändert nichts daran, Herr Kollege Altmaier, dass der Grundgedanke des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, sich eben nicht nur um ein Thema zu kümmern, also nicht nur um Preisstabilität, sondern um die Balance von Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, hohem Beschäftigungsniveau und Außenhandelsgleichgewicht, die richtige Antwort auf die nationale Wirtschaftskrise war. Und das war die Antwort von Schmidt und Schiller. Das wäre auch jetzt die richtige Antwort in Europa.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber nicht die Antwort auf seine Frage!)

Wir brauchen das berühmte magische Viereck dieser vier Ziele als gemeinsame Wirtschaftspolitik in Europa. Darum geht es.

(Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Also mehr Inflation und mehr Arbeitslosigkeit! Sehr gut!)

Ihr Sparappell führt doch, wenn er nicht durch Wachstum und durch die Schaffung von Beschäftigungschancen ergänzt wird, nur dazu, dass die Staaten immer mehr in die Krise hineingeraten und dass wir in Deutschland damit nicht herauskommen. – Das war die Antwort zum Thema Schmidt und Schiller. (D)

(Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU] will wieder Platz nehmen)

– Vorsicht, halt; Sie wollt doch noch etwas zu Helmut Schmidt wissen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

– Ich kann Ihnen das nicht ersparen. – Helmut Schmidt ist derjenige, der mit Valéry Giscard d'Estaing die europäische Einheit vorangetrieben hat. Helmut Kohl hat das fortgesetzt und zu großem Erfolg gebracht. Wir wären heute alle froh, wenn wir in Europa politische Führungspersönlichkeiten vom Schlage Schmidt, Giscard d'Estaing oder auch Helmut Kohl hätten. Leider müssen wir uns aber mit Frau Merkel und Herrn Sarkozy zufriedengeben. Das ist das, was wir zurzeit erleben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU] nimmt wieder Platz)

– Vielleicht stellen Sie noch eine Zwischenfrage.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten haben als Antwort auf die Entwicklung der Finanzmärkte 2009 einen Paradigmenwechsel gefordert. Wenn wir nicht ernst machen mit der Regulierung der Finanzmärkte und mit der Verschränkung von Risiko und Haftung auf den globalen Finanzmärkten, also der Beteiligung der Gläubiger an den Kosten der Krise, dann droht ein Kompetenzverlust des Politischen und der Demokratie insgesamt.

**Sigmar Gabriel**

- (A) Wir dürfen eben nicht zulassen, dass solche Propagandaparolen in die Welt gesetzt werden, als seien die Probleme gelöst, wenn die Menschen nicht mehr über ihre Verhältnisse lebten. Ich habe gestern einen Brief eines im Bewachungsgewerbe Tätigen bekommen, der 4,01 Euro pro Stunde verdient. Er hat Ihre Sprüche, er würde über seine Verhältnisse leben, genau verfolgt. Er muss 300 Stunden im Monat arbeiten, um auf 1 000 Euro brutto zu kommen. Das sind die Leute in Deutschland, denen Sie sagen, sie lebten über ihre Verhältnisse.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb geht es darum, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die tatsächlich an der Krise schuld sind. Wir müssen dabei Europa neu begründen und unseren Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass wir in Zukunft in der Welt eben nicht mehr als Einzelstaaten Gehör finden. Ob Klimapolitik, Migrationsfragen, Außen- und Sicherheitspolitik oder Wirtschaftspolitik – nur als Europäer werden wir an Einfluss gewinnen.

Die Alternative dazu ist noch schmerzlicher. An wen soll ein hochverschuldeter Mitgliedstaat eigentlich seine Kompetenzen abgeben? An eine gemeinsame EU, die demokratisch legitimiert ist? Oder an anonyme Finanzmärkte, die inzwischen gegen alles wetten, was schnellen Gewinn verspricht?

- (B) Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich zu einer Schuldenkrise ausgeweitet hat, ist auch das Symptom unserer gescheiterten Gesellschaftspolitik der letzten Jahrzehnte. In der Folge waren die Rechnungen für das Streben nach unbegrenztem Wirtschaftswachstum auf Pump und die Gier nach maximalen Renditen und maßlosen Profiten geschrieben.

Die notwendige Schaffung verbesserter internationaler Mechanismen muss in Europa beginnen. Wir wollen, dass wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Zusammenhalt wieder zusammenfinden. Darum, Frau Bundeskanzlerin, geht es, nicht nur um Rettungsschirme.

Es geht nicht darum, den Menschen ständig zu sagen, sie sollten weniger verbrauchen.

(Marco Buschmann [FDP]: Das sagen doch die Grünen!)

Es geht vielmehr darum, dass wir dafür Sorge tragen, dass die tatsächlichen Ursachen der Krise endlich bewältigt werden. Sie haben seit der Großen Koalition und den Verabredungen beim G-20-Gipfel in Pittsburgh fast nichts auf den Weg gebracht. Sie haben alles liegen gelassen.

Sie sind mit der Finanzkrise so umgegangen wie manche mit dem Elbhochwasser. Immer, wenn das Wasser im Keller steht, dann heißt es: Nie wieder in Überschwemmungsgebieten bauen. Wenn das Wasser weg ist, wird weitergemacht wie bisher. – Sie haben das alles in Europa und international zugelassen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass in Europa endlich wieder in Wachstum und Beschäftigung investiert wird, damit wir aus der Schuldenkrise herauskommen.

- (C) Wer das versteht, der wird politisch vernünftig handeln. Wer das nicht versteht, verspielt die Zukunft nicht nur des Euros, sondern der Demokratie in Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben mit Ihrer Propaganda gegen Europa und den Euro über Monate nichts anderes gemacht, als Europa in Misskredit zu bringen. Jetzt haben wir es alle miteinander sehr schwer, da wieder herauszukommen. Wir wollten das nicht.

Sie wollten als Eiserne Kanzlerin in der *Bild*-Zeitung abgebildet werden, unter der Überschrift „Keinen Cent für Griechenland“. Jetzt haben wir Mühe, zu erklären, dass das alles in die falsche Richtung gelaufen ist.

Man darf sein Volk nicht in eine falsche Richtung aufwiegeln. Man muss als Politiker wissen, in welche Richtung man will, und dafür kämpfen und eintreten. Nichts davon haben Sie in den letzten Monaten getan.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Rainer Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht wieder Nordrhein-Westfalen-Tag! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tää, tää!)

(D)

**Rainer Brüderle (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Gabriel, wir diskutieren ein sehr ernstes Thema, nämlich wie wir Europa neu gestalten: Europa ja, aber ein Stück anders als bisher.

Man kann das auf zwei Wegen machen. Man kann das wie Sie in parteipolitischer Polemik tun. Dabei kann ich Ihnen mindestens so lange, wie Sie es getan haben, vorhalten, was bei Ihnen alles schiefgelaufen ist, mit dicken Backen rauf oder runter.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie ja gestern schon gemacht! – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das haben Sie gestern gemacht!)

Man kann sich dem Thema aber auch ernsthaft nähern. Es geht darum, wie wir das Vertrauen der Menschen für eine europäische Zukunft gewinnen.

Wir haben andere Bedingungen in Europa. Europa ist nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika gleichzusetzen. Es ist kein Melting Pot. Europa ist Vielfalt. Wir haben eine Wirtschafts- und Währungsunion, keine politische Union. Wir müssen Regeln haben, damit es funktioniert. Gegen diese Regeln darf nicht verstoßen werden, sonst kann es nicht funktionieren. Was Herr Schäuble heute vorgelegt hat, bedeutet die Gründung einer neuen Stabilitätskultur.

**Rainer Brüderle**

- (A) Es hat auch keinen Sinn, einen billigen Weg zu gehen. Die Euro-Bonds haben Sie gar nicht mehr erwähnt, nachdem Ihnen das Verfassungsgericht klar ins Stammbuch geschrieben hat: So geht es nicht, weil das eine gesamtschuldnerische Haftung für alle europäischen Staatsschulden bedeutet.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Wundertüte will selbst Ihre SPD-Basis nicht. Erklären Sie Ihren Arbeitnehmern doch einmal, welche Haftung wir mit einer solchen Wundertüte von Euro-Bonds eingehen würden!

(Thomas Oppermann [SPD]: Frau Merkel hat das auch gewollt!)

Es geht vielmehr darum, dass wir die Strukturen anpassen. Man hat damals einen Stabilitäts- und Wachstumspakt gemacht. Denn die deutsche Mitgift für die europäische Zukunft ist die Idee der Geldwertstabilität. Jede deutsche Familie kann vom Großvater und Urgroßvater berichten, die in Deutschland zweimal ihr Geld verloren haben. Wir hatten zweimal einen Währungsschnitt. Deshalb war es für uns ganz entscheidend, die Unabhängigkeit der Notenbank und die Verpflichtung auf Geldwertstabilität in den Prozess einzubringen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens kann eine Marktwirtschaft nur dann funktionieren, wenn die sie steuernden Signale, nämlich die Preise, die Knappheitsrelation richtig widerspiegeln. Bei einer inflationären Entwicklung spiegeln sie die Knappheitsrelation nicht richtig wider.

- (B) Der zweite Grund ist die soziale Dimension. Die größte soziale Schweinerei ist Inflation.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es sind die kleinen Leute, die ein Spargbuch und ein Girokonto haben, die der Inflation nicht ausweichen können. Deshalb war der Hinweis des Kollegen Altmaier richtig. Es ist eine Illusion, zu meinen, dass man, wenn man eine lockere Geldpolitik betreibt, Euro-Bonds einführt und die Stabilitätsregeln bricht, etwas erreicht. Man erzielt vielleicht einen kurzfristigen Effekt, aber langfristig sind es die kleinen Leute und die Schwachen, die dafür die Zeche zahlen. Das ist das Resultat, wenn man Grundsätze nicht durchhält. Das aber, nämlich Grundsätze durchhalten, ist es, was wir erreichen müssen.

Die soziale Marktwirtschaft ist bei uns Realität. Wir müssen sie wieder nach Prinzipien ausrichten, und wir müssen Grundsätze durchhalten

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Sie ruinieren sie doch! Wo regieren Sie denn?)

und diese hier in Europa einpflanzen, damit Europa eine Erfolgsstory wird. Was ist denn im Bankensektor passiert? Es war doch die WestLB, die unter Ihrer Kontrolle in Nordrhein-Westfalen ist, die das Geld verbrannt hat. Die staatseigenen Landesbanken in Deutschland haben bisher 130 Milliarden Euro verbrannt. Das war Steuerzahlergeld, für das die Steuerzahler hart arbeiten muss-

- ten, und jetzt empfehlen Sie uns staatliche Eingriffe als Lösung. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Weil Sie nicht mit Geld umgehen können!)

Die Bundeskanzlerin hatte mit ihren Ausführungen recht. Ihre Polemik wegen ihres anderen Lebenswegs ist fehl am Platz. Wir sollten stolz darauf sein, dass jemand, der einen anderen Lebensweg hatte, der einen Teil seines Lebens in der DDR gelebt hat, an der Spitze unseres Staates steht; denn das ist ein Symbol dafür, dass wir gemeinsam unseren Weg gehen. Sie aber greifen zu billiger Polemik und sagen: Sie waren ja bei der ersten Großen Koalition nicht dabei. – Was Sie hier machen, ist einer parlamentarischen Debatte unwürdig. Das gilt selbst für Sie, Herr Gabriel.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Was sie gemeint hat, ist richtig. Es handelt sich um ein generelles Problem. Man hat sich zu sehr von den realwirtschaftlichen Strukturen entfernt. Sie hingegen glauben, immer neue Konjunkturprogramme aufzulegen und Geld zu drucken, würde zu Wirtschaftswachstum führen. Nein, am Schluss muss man effizient sein, man muss Ressourcen anders kombinieren.

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Sie schmeißen das Geld raus! – Thomas Oppermann [SPD]: Sie senken die Steuern!)

- Der Wiederaufstieg in Deutschland war nicht allein durch konjunkturelle Maßnahmen bedingt, sondern er war dem Fleiß und Einsatz der Menschen geschuldet, er war möglich aufgrund der mittelständischen Strukturen und des Ideenreichtums der Menschen. Deshalb ist der schnelle Wiederaufstieg Deutschlands erfolgt. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie doch nicht von den Menschen! Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden!)

Sie sind dem Münchhausen-Theorem verpflichtet, das besagt, möglichst viele Staatsausgaben zu tätigen und immer weitere Konjunkturprogramme aufzulegen. Als wir die Konjunkturprogramme schrittweise zurückgeführt haben, wurde dies kritisiert. Ich kenne diese Kritik. Wenn sich die Situation verbessert, dann muss man die Sondermaßnahmen zurückführen. Sie hingegen denken immer noch in der Tonnenideologie. Das ist verkehrt. Man muss in realwirtschaftlichen Strukturen denken. Wirtschaftspolitik gleicht der Uhrmacherarbeit, sie hat nichts mit dem globalen Hin- und Herschieben von Staatsausgaben zu tun.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sigmar Gabriel [SPD]: Sie sind uns ja als Feinmechaniker bekannt!)

Man kann über viele Ihrer Ausführungen über Irland oder andere Staaten reden. Irland hat, was die Realwirtschaft betrifft, einen guten Weg eingeschlagen. Die Lösung kann doch nicht sein, dass der Deutsche Bundes-

**Rainer Brüderle**

- (A) tag oder gar die deutsche Sozialdemokratie die politische Führung in Irland übernimmt. Es sind übrigens Ihre Genossen in Spanien, die gerade eine Jugendarbeitslosigkeit in Höhe von 40 Prozent produziert haben. Die Lösung kann vielmehr nur sein, dass wir unter Wahrung der Souveränität von Irland und mit allem Respekt gemeinsam Regeln vereinbaren, die Irland auf den Pfad der Tugend führen. Es geht eben nicht, dass man mit einer finalen Bankenbesteuerung von 10 Prozent den Wettbewerb in Europa verzerrt. Wenn diese Regierung nicht hart gehandelt und sich Zeit genommen hätte, dann hätten wir jetzt nicht eine Entwicklung in Europa hin zu einer Stabilitätskultur. Jetzt wird die Schuldenbremse in Spanien und in Italien in der Verfassung verankert. Auch Frankreich geht in diese Richtung. Prinzipien setzen sich durch, wenn man beharrlich ist. Nicht das Heischen nach schnellem Beifall und das schnelle Nachgeben sind die Lösung, sondern Prinzipientreue in elementaren Fragen der Politik.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh je!)

Ein bisschen mehr Rückgrat und weniger Eiermann! Herr Steinmeier hat es gestern gezeigt: Er ist von den Euro-Bonds quasi abgerückt, weil das Verfassungsgericht Ihnen eine schallende Ohrfeige für den Grundgedanken „Die anderen sollen es auch machen“ erteilt hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

- (B) Ein Sirtaki-Siggi-Konzept, nach dem man schnell einmal locker etwas bewegt, ist keine Lösung. Sie lenken von Ihrer Fehlsteuerung durch Euro-Bonds ab. Sie lenken davon ab, dass Sie als große deutsche Partei bei der ersten Hilfsmaßnahme für Griechenland nicht in der Lage waren, eine Entscheidung zu treffen. Sie haben kraftvoll gesagt: Enthaltung.

(Thomas Oppermann [SPD]: Wie Sie bei der Schuldenbremse!)

Sie haben sich weggeduckt. Sie haben weder Ja noch Nein gesagt, weil Sie in den entscheidenden Fragen keine Grundsatztreue haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es wäre gut, wenn Sie sich in den Wettbewerb der Ideen – nicht der Polemik – engagiert einbringen würden,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Sigmar Gabriel [SPD]: Haben Sie der Schuldenbremse zugestimmt?)

wie wir es schaffen, Europa voranzubringen.

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Haben Sie der Schuldenbremse zugestimmt?)

Europa ist unsere Zukunft. Deutschland darf sich nie wieder singularisieren. Der Euro ist elementar für die europäische Entwicklung. Es geht darum, wie wir dies

mit einer Stabilitätskultur verknüpfen, damit es funktioniert. Viele draußen in der Welt, auch unsere amerikanischen Freunde, haben gar nicht geglaubt, dass das mit dem Euro auf den Weg kommt. Sie haben nicht geglaubt, dass wir das so weit führen können. Sie glauben auch heute nicht, dass wir die Kraft haben, es so zu richten, dass es funktioniert. (C)

Es gilt das, was Wolfgang Schäuble gesagt hat: Es gibt bei Griechenland klare Vereinbarungen, und die Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission ist aus Athen abgereist, weil Zusagen nicht eingehalten worden sind. Wenn die Griechen Zusagen nicht einhalten, gibt es kein Geld; das ist die Spielregel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Das kennt jeder Sportler, das kennt jeder Fußballspieler: Wenn man die Spielregeln nicht einhält, wird man notfalls vom Platz gestellt. Wenn Griechenland nicht mitmacht, kann nicht die Konsequenz sein, dass ganz Europa keine Zukunftsperspektive entwickelt. Die Griechen müssen sich entscheiden. Sie sind eingeladen – sie wurden damals unter falschen Bedingungen aufgenommen –, mitzumachen. Es liegt jetzt an Griechenland, ob sie den Weg mitgehen oder ob sie – Stichwort: Europa der zwei oder drei Geschwindigkeiten, à deux, à trois vitesses – einen anderen Weg in Europa wählen.

Wir können uns nicht die Zukunftsentwicklung – die Menschen wollen eine Perspektive; ich verweise auf die jungen Leute in Spanien, in Italien und anderswo, die auf die Straße gehen und protestieren – kaputt machen lassen, weil ein Teil Europas nicht bereit ist, geschlossene Verträge einzuhalten. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Irgendwann ist die Stunde der Wahrheit: Entweder sie machen mit, wie es vereinbart worden ist, oder sie machen nicht mit.

(Thomas Oppermann [SPD]: Ihre Leute machen doch gar nicht alle mit!)

Wir können uns den ganzen Weg nach Europa nicht von einem Mitglied, das die Regeln nicht einhält, verbauen lassen. Es geht darum, die Grundsatztreue einzuhalten, damit Europa einen guten Weg nimmt.

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Herr Brüderle, machen Sie eine Fraktionssitzung, aber lassen Sie uns in Ruhe! Sie müssen in die andere Richtung sprechen!)

Sie vollführen kurzfristig Eiertänze, mit denen Sie ablenken von der Unfähigkeit in Nordrhein-Westfalen, von Ihrer Unfähigkeit, Entscheidungen zu treffen. Haben Sie Mut! Stehen Sie zu Grundsätzen! Das zahlt sich aus und nicht das Herumeiern, wie Sie es heute vorgeführt haben.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Klaus Ernst ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Klaus Ernst (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Brüderle, ich habe den Eindruck, Ihnen wird gerade dazu gratuliert, dass Sie Ihre eigenen Leute auf Linie bringen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Offensichtlich sind die Widersprüche in Ihrer eigenen Regierungsfraktion mindestens so groß wie die, die gegenwärtig in der Bevölkerung vorhanden sind. Ich sage Ihnen eines: Wenn Ihnen die Bürger draußen zuhören, wie Sie hier in regelmäßiger Wiederkehr vertreten, dass Hunderte von Milliarden Euro für Bankenrettungen beschlossen werden, dann halten sie sich inzwischen bei jedem Ihrer Worte die Geldbörse zu; denn sie wissen, dass sie letztendlich für das zu zahlen haben, was Sie hier vertreten, Herr Brüderle. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sagen Nein zu dem, was Sie hier vorlegen. Ich will Ihnen sagen, warum.

Erstens. Sie retten mit diesem Gesetz weder den Euro noch die Europäer. Einzig und allein die Banken, die Versicherungskonzerne, die Hedgefonds und die Finanzinvestoren werden gerettet, und das einmal mehr, nicht zum ersten Mal.

**(B)**

Zweitens. Wir sagen Nein zu diesem Gesetz, weil Sie nichts gegen die Ursachen der Wirtschaftskrise unternehmen. Die Ursachen liegen nämlich bei den Zockerbuden. Die Ursachen liegen in diesem Bankensystem. Die Ursachen liegen in nicht regulierten Finanzmärkten. Da hat diese Regierung nichts getan, um auch nur eine wirkliche Maßnahme zu beschließen. Dafür sind Sie mitverantwortlich, Herr Brüderle.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Wir sagen Nein, weil dies eine beispiellose Selbstentmachtung des Parlaments ist. Die Mehrheit dieses Hauses streitet wochenlang um 5 Euro mehr für die Menschen mit Arbeitslosengeld-II-Bezug; das ging wochenlang, monatelang und sogar bis zum Vermittlungsausschuss. Wenn es hier um 90 Milliarden zur Erweiterung des Rettungsschirms geht, stellt die Regierung sogar die Frage, in welcher Weise das Parlament überhaupt beteiligt werden muss. Meine Damen und Herren, das versteht draußen bei den Bürgern dieses Landes kein Mensch mehr, und das zu Recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Viertens. Wir sagen Nein, weil sich Ihre Strategie der Euro-Rettung auf einen einfachen Nenner bringen lässt, und der heißt: Milliarden für die Banken, für die Versicherungen, für die Hedgefonds, auf der anderen Seite Sozialkürzungen bei den Menschen nicht nur in der Bun-

desrepublik Deutschland, sondern auch in den Ländern, die Sie angeblich retten wollen. **(C)**

(Zuruf von der FDP: Sie haben nichts verstanden!)

Wenn es darum geht, wie Ihre Rezepte wirken, so ist Griechenland das beste Beispiel: 4,5 Prozent Minuswachstum 2010, weitere 5 Prozent Minuswachstum 2011. Wissen Sie, was das bedeutet? Sie kommen mir vor wie ein Arzt, der einem Patienten Medikamente gibt und der, wenn der Patient das nächste Mal kommt und schon hereinkriecht, weil er gar nicht mehr stehen kann, sagt: Wir erhöhen die Dosis. – Wie lange wollen Sie denn die Dosis erhöhen? Bis Europa gänzlich gescheitert ist? Das ist Ihr Konzept, das Sie anderen Leuten, anderen Ländern aufdrängen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sitzen heute hier als Anwälte der Bürger. Die Bürger haben Angst um ihr Geld, und diese Angst haben sie zu Recht. Drei Jahre nach der Lehman-Pleite stehen wir vor der nächsten Bankenkrise. Immer neue Rettungsschirme werden aufgespannt. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise sind die gesamtstaatlichen Schulden durch Stützungsmaßnahmen zugunsten der Finanzinstitutionen bei uns in der Bundesrepublik in den Jahren 2008, 2009 und 2010 um 315 Milliarden Euro gestiegen. Allein auf die Bad Banks entfallen nach Aussagen der Bundesregierung 190 Milliarden Euro. Das waren, wie Sie wissen, bis vor kurzem noch Privatbanken, die Sie dann verstaatlichen mussten. So viel dazu, Herr Brüderle, da Sie sich gerade so über die Landesbanken erregt haben. Sie haben die falschen Konzepte, und Sie haben vor allem durch Zaudern gegläntzt. Sie verstärken bei den Bürgern den Eindruck, dass diese Regierung der Krise nicht gewachsen ist, und dieser Eindruck täuscht nicht. **(D)**

Lassen Sie mich zu den wirklichen Ursachen der Krise kommen. Wer diese Krise nur als Schuldenkrise bezeichnet, hat sie nicht verstanden.

Was die erste Ursache betrifft – wir haben gerade darüber gesprochen; auch mein Kollege Gabriel –: Wie verhält es sich denn eigentlich mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz?

(Zuruf von der FDP: Sie und Gabriel Hand in Hand!)

Zahlen lügen nicht. Wir haben in den zehn Jahren von 2000 bis 2010 Handelsbilanzüberschüsse von 1 552 Milliarden Euro erzielt. Das ist der Saldo. Das heißt, wir haben in dieser Größenordnung mehr verkauft, als wir importiert haben. In dem Stabilitätsgesetz, über das wir gerade gesprochen haben, geht es unter anderem um die Stabilität des Preisniveaus. Es geht um einen hohen Beschäftigungsstand und um – ich zitiere – „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“. Erklären Sie mir doch einmal – Frau Merkel ist ja nicht mehr da –, wie Sie eigentlich diese 1 552 Milliarden Euro Außenhandelsüberschuss mit diesem Gesetz in Einklang bringen wollen. Sie haben die staatliche Politik auf eine einseitige Steigerung der Exporte ausgerichtet und haben nicht berück-

## Klaus Ernst

- (A) sichtigt, dass Sie damit alle anderen Länder an die Wand drücken. Sie haben im Ergebnis dieser Politik erreicht, dass sich die anderen Länder verschulden müssen; denn eines ist doch klar: Wer ständig mehr verkauft, als er kauft, muss nach dem Gesetz der Logik davon ausgehen, dass den Käufern irgendwann das Geld ausgeht und damit auch die wirtschaftliche Puste. Bei den anderen Ländern hat unser Exportüberschuss zu einem Berg von Schulden geführt. In einem vereinten Europa – das müssen Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben – gilt der einfache Satz: Unsere Überschüsse sind die Schulden der anderen. Deshalb müssen wir es politisch so gestalten, dass unsere Überschüsse durch mehr Importe reduziert werden. Das geht nur durch höhere Löhne, höhere Renten und nicht durch Ihr Lohndumping.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Ihr Lohndumping führte letztendlich dazu, dass es in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahr 2000 ein Reallohnminus von 4 Prozent gibt. Auf der anderen Seite sind die Exporte und die Gewinne der großen Konzerne gestiegen. Deshalb erinnere ich Sie an eine weitere einfache Formel, die im Finanzkapitalismus gilt: Der den Arbeitnehmern vorenthaltene Lohn ist das Spielgeld der Spekulanten. Mit Ihrer Lohndumpingpolitik in dieser Republik haben Sie die Krise erst ermöglicht, weil Sie dadurch die Kapitalakkumulation an den Finanzmärkten hervorgerufen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Dritten: Sie haben nichts getan, um die Entfesselung der Finanzmärkte einzudämmen. Ich zitiere aus der

- (B) *Financial Times* von gestern. Dort heißt es:

Die Bilanzsumme des britischen Bankensektors,

(Otto Fricke [FDP]: Auf die haben wir ja wohl keinen Einfluss!)

die ein Vielfaches des BIPs ausmacht, dient nur zu zehn Prozent der Kreditvergabe an die Industrie. Die Deutsche Bank begnügte sich 2010 mit 4,1 Prozent ihrer Bilanzsumme, um sie an Handel, Gewerbe und gewerbliche Immobilienfinanzierung auszureichen ...

Was heißt das? Das heißt, dass die Banken ihrer eigentlichen Aufgabe nicht gerecht werden, nämlich die Realwirtschaft mit Krediten zu versorgen. Jetzt frage ich Sie: Was haben Sie eigentlich gemacht, um das wieder ins Lot zu bringen?

(Beifall bei der LINKEN)

Was haben Sie gemacht? Nichts haben Sie gemacht. Sie sind weiter auf dem Trip, die Banken zu stützen, obwohl diese die Verursacher der Krise sind.

Das vierte Problem, das mit zu erwähnen ist, ist, dass die Staaten, die vorher die Banken gerettet und die Finanzmärkte stabilisiert haben, sich nun selbst an den Finanzmärkten zu hohen Zinsen verschulden müssen. An diesem Punkt erkennen Sie eines nicht: Wir müssen die Finanzierung der Staaten von der Spekulation und von den Finanzmärkten loslösen.

(Otto Fricke [FDP]: Ja, wie macht man das?)

Wenn Sie das nicht machen, werden wir uns damit in zwei bis drei Monaten wieder befassen müssen. Dann werden wir weiteres Geld der Bürger ausgeben müssen, und das alles nur, weil Sie nicht bereit sind, die richtigen Maßnahmen zu treffen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen nun, was notwendig wäre, um tatsächlich die Probleme zu lösen, die den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes wirklich auf den Nägeln brennen.

Erstens. Wir brauchen eine Entkopplung der Staatsfinanzen von den Finanzmärkten.

(Otto Fricke [FDP]: Aha! Und wie?)

Ich sage Ihnen, dass dazu momentan die Ausgabe von Euro-Bonds gar nicht mehr ausreicht.

(Otto Fricke [FDP]: Aha!)

Wir brauchen vielmehr eine Euro-Bank für öffentliche Anleihen

(Otto Fricke [FDP]: Und wer kauft die?)

und eine von den Finanzmärkten losgelöste Europäische Zentralbank. So hätten wir Politiker Einfluss auf die Finanzmärkte und auf die Zinsen. Solange das nicht der Fall ist, wird es immer wieder passieren, dass wir wie die Schoßhunde hinter den Finanzmärkten herlaufen und ihnen, wenn sie jaulen, die Kohle geben, damit sie weiter funktionieren. Das ist Ihre Politik. Wir brauchen aber eine Dominanz der Politik und eine Politik, die die Bürger vor der Ausbeutung durch die Finanzmärkte schützt.

(Otto Fricke [FDP]: Deshalb dürfen wir keine Schulden machen!)

Dazu sind Sie nicht bereit. Deshalb wird sich das, was wir hier beschließen, zu einem Fass ohne Boden entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen zweitens eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Die öffentlichen Haushalte müssen saniert werden.

(Otto Fricke [FDP]: Kein Wort zum Gesetzentwurf!)

Doch alle hier vertretenen Parteien außer uns haben mit dazu beigetragen, dass die Steuersätze in der Bundesrepublik Deutschland drastisch nach unten gefahren wurden. Die Spitzensteuersätze sind gesenkt worden, auch von Rot-Grün. Jetzt will die SPD sie wieder erhöhen; das finde ich toll. Eine Vermögensbesteuerung fehlt nach wie vor. Mit solchen Mitteln könnte man Staatshaushalte sanieren.

Drittens. Wir brauchen eine rechtliche Neuordnung des Bankenwesens. Ohne diese wird es nicht gehen. Rechtliche Neuordnung des Bankenwesens heißt: Die großen privaten Banken müssen unter gesellschaftliche Kontrolle; ansonsten geben wir in diesem Bereich das Demokratieprinzip auf,

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

(D)

**Klaus Ernst**

- (A) weil wir immer das machen müssen, was die Banken wollen. Das ist nicht im Sinne der Bürger unseres Landes.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nun erhält der Kollege Jürgen Trittin das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ernst, Sie haben gemeinsam mit Herrn Brüderle belegt: Es gibt eine unheilige Allianz zwischen einer Partei, die sich selber „links“ nennt, und den Kräften innerhalb der Koalition, die aus falsch verstandenem D-Mark-Chauvinismus eine europäische Lösung dieser Euro-Krise verhindern. Sonst könnten Sie nicht zu diesem Abstimmungsverhalten kommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jene D-Mark-Chauvinisten in Ihren Reihen, die geklagt haben, haben gestern vor dem Bundesverfassungsgericht eine krachende Niederlage erfahren.

(Marco Buschmann [FDP]: Wer hat denn gestern eine Niederlage kassiert? Die Grünen!)

- (B) Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, es sei richtig, dass der Deutsche Bundestag versucht, die Krise nicht durch Rückzug aus dem Euro oder durch Rauschmiss, sondern durch eine Stärkung europäischer Institutionen zu lösen. Das ist die Botschaft aus Karlsruhe,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das ist die Botschaft, die die drei antieuropäischen Parteien im Deutschen Bundestag, die Linke, die FDP und die CSU, nicht hören wollen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Lieber Herr Brüderle, ich würde mir wünschen, dass Sie, wenn Sie schon gegen Banken wettern, über alle Banken sprechen. Sie hätten natürlich auch erwähnen können, dass die WestLB – jetzt unter dem Schutz des Bankenrettungsfonds, also von uns aus Steuermitteln gerettet – als Bad Bank vier Jahre in der Verantwortung unter anderem eines gewissen Herrn Pinkwart gewesen ist.

(Otto Fricke [FDP]: Nein! Eben gerade nicht!)

Ich weiß nicht, ob Sie sich an den noch erinnern.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Fünf Jahre!)

– Fünf Jahre; Entschuldigung, Axel, ich nehme das zurück. – Sie hätten auch über die Sachsen LB sprechen können.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit haben sie auch nichts zu tun! Nein!)

- Oder vielleicht sollten wir gemeinsam einmal darüber sprechen, was mit der Bayern LB ist, (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

gegen die mittlerweile die Staatsanwaltschaften wegen der Zockereien mit Herrn Haider auf dem Balkan ermitteln. Wir können gerne über staatliche Banken sprechen. Aber ich glaube, wir müssen gelegentlich über alle Banken sprechen. Wir müssen auch darüber sprechen, dass das Verhalten zum Beispiel der Deutschen Bank und von Lehman Brothers und die Versuche, in Regulierungsstaaten wie Irland Geschäfte zu machen, die man woanders nicht machen kann, genauso Ursachen dieser Krise sind, wie das kriminelle Verhalten der konservativen Regierung in Griechenland es gewesen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Da hätte ich von Ihnen Klarheit und Prinzipientreue erwartet.

Sie haben gesagt, man müsse zu den Prinzipien stehen. Ein zentrales Prinzip sei die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Meine Damen und Herren, wer hat denn die Europäische Zentralbank genötigt,

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! – Florian Toncar [FDP]: Die Grünen!)

- für Schulden anderer Staaten aufzukommen und Anleihen aufzukaufen? (D)

(Otto Fricke [FDP]: Sie! Sie haben es beantragt!)

Wer hat denn dafür gesorgt, dass die EZB heute 120 Milliarden Euro Staatsanleihen von Krisenstaaten in ihren Büchern hält? Es war diese Regierung mit dieser Bundeskanzlerin. Niemand anderes trägt dafür die Verantwortung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich will Ihnen auch sagen, warum das Ihre Verantwortung ist: weil Sie sich noch im März, als über die EFSF verhandelt worden ist, geweigert haben, das zu beschließen, was Sie heute beschließen wollen, nämlich die Möglichkeit, am Sekundärmarkt Anleihen aufzukaufen. Damit haben Sie die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank auf schäbige Weise beschränkt. Deshalb können Sie hier nicht von Prinzipientreue reden.

Da meldet sich gleich der Mario Barth der FDP zu einer Zwischenfrage. Bitte schön.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

In Anwendung der Geschäftsordnung mache ich von meiner Möglichkeit Gebrauch, –

(A) **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Entschuldigung!

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

– dem Wunsch nach einer Zwischenfrage mit Genehmigung des Redners stattzugeben. – Bitte schön, Herr Kollege Fricke.

**Otto Fricke** (FDP):

Dass Sie von Chauvinismus wirklich viel Ahnung haben, haben Sie gerade bewiesen.

Herr Trittin, ich darf Sie einmal fragen: Stimmt es, dass die Grünen im Jahre 2009 einen Antrag gestellt haben, in dem wörtlich steht:

Der Deutsche Bundestag ... fordert

– nach dem Willen der Grünen –

die Europäische Zentralbank auf, verstärkt über den Aufkauf von Wertpapieren an der Stabilisierung der Finanzmärkte und der Sicherung der Kreditversorgung mitzuwirken ...

Stimmt es also, dass Sie selber – ich glaube, Sie waren damals in einer nicht unwichtigen Position – als Grüne genau diese Forderung erhoben haben und, anders als diese Koalition – auch wenn uns das, was die Europäische Zentralbank gemacht hat, an vielen Stellen nicht gepasst hat –, die Unabhängigkeit eben nicht akzeptieren?

(B) (Marco Buschmann [FDP]: Was stört uns unser Geschwätz von gestern?)

**Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Herr Kollege Fricke, Sie haben richtig zitiert.

(Otto Fricke [FDP]: Danke!)

Wenn Sie mich an dieser Stelle zu Ende anhören, dann werden Sie feststellen, dass ich ausdrücklich nicht die Europäische Zentralbank kritisiere.

(Marco Buschmann [FDP]: Sagt der Tom Gerhardt der Grünen!)

Ich finde richtig, dass die Europäische Zentralbank dies gemacht hat

(Otto Fricke [FDP]: Dann passt das vorher nicht! – Gegenruf der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das passt gut!)

in einer Situation, in der von dieser Bundesregierung genau die Institution blockiert worden ist,

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Voilà!)

die das besser kann, was Sie jetzt selber zugeben, weil Sie diese Kompetenz, die heute leider von der EZB wahrgenommen werden muss, nun an den Europäischen Stabilitätsmechanismus bzw. die EFSF übertragen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Dieser Logik können noch nicht einmal die Grünen folgen! –

Abg. Otto Fricke [FDP] will wieder Platz nehmen)

(C)

– Bleiben Sie ruhig stehen. – Sie haben sich an dieser Stelle auch an einem anderen Punkt vergaloppiert. Sie haben gesagt, es gebe keine Vergemeinschaftung von Schulden. Es gibt sie. Mit genau dem Hinweis auf den Aufkauf dieser Staatsanleihen gibt es eine Vergemeinschaftung von Schulden. Sie wettern gegen Euro-Bonds; Sie haben sie längst in diesem Lande eingeführt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Hören Sie auf, zu erzählen, das Bundesverfassungsgericht habe sie verboten. Ganz im Gegenteil, das Bundesverfassungsgericht hat selbstverständlich nichts dagegen gesagt, dass die Europäische Union mithilfe von Euro-Bonds die Spekulationen gegen Ungarn oder Lettland erfolgreich beendet hat.

(Marco Buschmann [FDP]: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Darüber schweigen Sie ja lieber, weil Sie es nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Das zeigt die ganze europapolitische und währungspolitische Geisterfahrt dieser Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Abg. Otto Fricke [FDP] nimmt wieder Platz)

Herr Schäuble, ich will mit Ihnen nicht darüber in Streit geraten, ob privatrechtliche Verträge, die faktisch hoheitliche Aufgaben erfüllen – und darum handelt es sich bei EFSF –,

(D)

(Marco Buschmann [FDP]: Hört! Hört!)

nach Übereinstimmung aller Kommentatoren einem völkerrechtlichen Vertrag gleichkommen und deshalb der Ratifizierung bedürfen. Sie haben ja tätige Reue geleistet,

(Marco Buschmann [FDP]: Sie reden von Ratifizierung? Wovon reden Sie denn jetzt?)

indem Sie heute gesagt haben: Wir machen es über eine Vertragsänderung, und ab 2013 machen wir es richtig. – Insofern nehme ich schon zur Kenntnis, dass Sie in dieser Frage still und heimlich unsere Position übernommen haben.

(Marco Buschmann [FDP]: Sie wissen gar nicht, was Sie sagen!)

Ich will aber an dieser Stelle eine sehr ernste Frage stellen: Dürfen wir eigentlich solche hoheitlichen Aufgaben in Form von privatrechtlichen Verträgen regeln? Dürfen wir eigentlich europäische Institutionen wie die EZB, wie die Europäische Kommission tätig werden lassen auf der Basis einer Zweckgesellschaft nach Luxemburger Recht? Daran habe ich sehr klare Zweifel – nicht weil das juristisch fragwürdig ist, sondern vor allen Dingen, weil das politisch und gesellschaftlich die falsche Botschaft ist.



**Jürgen Trittin**

- (A) (Marco Buschmann [FDP]: Wenn das Ihr größtes Problem ist in dieser Situation!)

Wenn solch entscheidende Aufgaben übernommen und auf europäische Institutionen übertragen werden, dann darf das nicht in privater Rechtsform geschehen. Dann muss das als hoheitlicher Akt und unter der Aufsicht des Bundestages und gegebenenfalls auch – gerade wenn es auf Europa übertragen wird – unter der Aufsicht des Europäischen Parlaments geschehen. Deswegen war der Weg in die Zweckgesellschaft der falsche Weg. Ich freue mich, dass Sie ihn am Ende korrigieren werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Heute streiten wir darüber, dass der Bundestag ausreichende und hinreichende Kontrollfunktionen hat, solange es diese Institution nicht gibt. Ich glaube, dass wir da zu einem Miteinander kommen werden.

(Marco Buschmann [FDP]: Wenn ich die Vorschläge der Grünen umsetze, die verfassungswidrig sind!)

Ich sage Ihnen – das scheint offensichtlich Unruhe im Regierungslager ausgelöst zu haben –, weil es symptomatisch ist, lieber Herr Westerwelle: Weil Sie die richtige Lösung aufgrund von Uneinigkeit in den eigenen Reihen immer blockiert haben, laufen Sie in solche halbseitigen Zweckgesellschaften.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Lachen bei der FDP)

- (B) Dann wundern Sie sich auch noch über Europamüdigkeit.

Sie gehen diesen Weg leider weiter. Jetzt stellen Sie den Stabilisierungsmechanismus auf eine vertragliche Grundlage. Der nächste Schritt wäre vernünftigerweise, zu einer europäischen Wirtschaftsregierung zu kommen, weil die Ursache eben nicht allein Überschuldung ist, sondern weil die Ursache in Regulierungsdumping, Steuerdumping und all den realwirtschaftlichen Problemen in Europa liegt.

Frau Bundeskanzlerin, was ist aber Ihr Weg zur Wirtschaftsregierung? Sie stellen sich eine Wirtschaftsregierung so vor, dass Herr Van Rompuy entsprechend dem Minimalkonsens zwischen Ihnen und dem französischen Staatspräsidenten agiert. Das ist keine Wirtschaftsregierung; das ist nichts anderes als die Fortsetzung der Luxemburger Zweckgesellschaft mit anderen Mitteln.

Ich sage Ihnen: Das, was wir heute neben den Veränderungen beim Stabilisierungsfonds brauchen, ist eine vertragliche Regelung, die besagt: Wir wollen eine Koordination in der Steuerpolitik, in der Wirtschaftspolitik und bei den Sozialstandards. Diese Koordinierung setzt eine Vertragsänderung voraus. Es ist das Gebot der Stunde, einen Impuls zu setzen, um dieses Europa auf eine neue Stufe der Vergemeinschaftung zu führen. Dafür fehlt Ihnen in dieser Koalition schon lange die Kraft.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner der CDU/CSU-Fraktion ist der Kollege Bartholomäus Kalb.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, eine etwas andere Tonlage zu finden; denn es geht mir darum, dass wir uns nicht gegenseitig irgendetwas an den Kopf schmeißen, sondern die Debatte so führen, dass die Menschen im Lande verstehen können, worum es heute geht, worum es uns geht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir behandeln heute in erster Lesung eine sehr wichtige und ernste Angelegenheit. Es geht im Kern um die Frage: Was müssen wir tun, was können wir tun, um dafür zu sorgen, dass unsere gemeinsame Währung weiterhin stabil bleibt? Mit dem zu beratenden Gesetzentwurf zur Änderung des Euro-Stabilisierungsmechanismusgesetzes – ich gebe zu: das ist ein komplizierter Ausdruck –, einem Regelwerk zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen der europäischen Hilfsmaßnahmen, setzen wir die Beschlüsse des Gipfels vom 21. Juli 2011 in nationales Recht um.

Am 10. Mai 2010 wurde in einer ausgesprochen schwierigen Situation für die Euro-Zone und unter großem Zeitdruck zunächst die Europäische Finanz-Stabilitäts-Fazilität, kurz EFSF, vom EU-Gipfel als vorläufiger Rettungsschirm ins Leben gerufen. Am 21. Juli dieses Jahres haben die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder die Erweiterung des Garantierahmens und zusätzliche Instrumente vereinbart, um flexibler reagieren zu können und damit drohenden Ansteckungsgefahren für andere Länder der Euro-Zone wirkungsvoller begegnen zu können.

Der EFSF-Rettungsschirm soll künftig auch Staatsanleihen aufkaufen können. Wenn solche Käufe notwendig werden sollten, dann sollen sie von der EFSF, nicht wie bisher notgedrungen von der EZB, durchgeführt werden. Derartige Käufe dürfen allerdings auch künftig nur unter sehr strengen Voraussetzungen stattfinden, zum Beispiel wenn Gefahren für die Finanzstabilität festgestellt werden. Ein Freibrief für umfassende Ankäufe ist abzulehnen. Anleihenkäufe auf dem sogenannten Sekundärmarkt sind im Ausnahmefall künftig ebenfalls möglich.

Euro-Länder können sich, um die Finanzmärkte zu stabilisieren, eine Kreditlinie von der EFSF zusichern lassen, die sie natürlich nicht nutzen müssen. Gerät ein Euro-Mitgliedstaat am Finanzmarkt unter Druck, darf die EFSF mit einem Vorsorgekredit helfen, noch bevor es zum echten Hilfsfall kommt.

Mit der Möglichkeit der Rekapitalisierung von Kreditinstituten wird ein weiteres wichtiges Instrument geschaffen.

**Bartholomäus Kalb**

- (A) Das Volumen der EFSF wird europaweit auf 780 Milliarden Euro aufgestockt, um effektiv über 440 Milliarden Euro verfügen zu können. Das ist dem Umstand geschuldet, dass eine erhebliche Übersicherung erforderlich ist, um nach den Vorgaben der Finanzmärkte eine AAA-Bewertung für die Anleihen bekommen zu können.

Einem Hilfe suchenden Land wird allerdings nur dann geholfen, wenn es Auflagen erfüllt und bereit ist, sich einem ehrgeizigen Reformprogramm zu unterziehen. Aufgrund der hohen Summen und aufgrund der Tatsache, dass die Verfügung über deutsche Steuergelder allein beim Parlament liegt, legen wir ganz im Sinne des Bundesverfassungsgerichts größten Wert auf eine intensive und umfassende Parlamentsbeteiligung. Mit dem vorliegenden Entschließungsantrag gehen wir sogar über die Forderungen und Anregungen des Bundesverfassungsgerichts hinaus.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben uns bewusst entschieden, zur Sicherung der Finanzstabilität der Euro-Zone Hilfen an Euro-Mitgliedsländer zu gewähren. Die Hilfen stellen keinen Blankoscheck dar. Sie sind, wie bereits gesagt, an strikte Auflagen gebunden, die den betroffenen Ländern ganz erhebliche Anstrengungen abverlangen. Aber auch Solidarität hat ihre Grenzen. Die Hilfen sind Hilfen zur Selbsthilfe, wie es der Finanzminister bereits vorhin zum Ausdruck gebracht hat.

- (B) Die Notwendigkeit zur Ertüchtigung der EFSF ergibt sich daraus, dass sich die Folgen zu hoher Staatsdefizite in einigen Ländern der Euro-Zone in den vergangenen Wochen auf den Finanzmärkten erneut zugespitzt haben. Auslöser der krisenhaften Zuspitzung waren Zweifel an der Entschlossenheit einzelner europäischer Staaten, eine strikt auf Rückführung der Neuverschuldung bedachte Finanzpolitik zu betreiben.

Deutschland zieht im Haushalt Konsequenzen aus der Schuldenkrise. Die aktuelle Schuldenkrise hat ihre Ursachen ganz klar in den zu hohen Haushaltsdefiziten und in einer zu hohen Gesamtverschuldung einiger Euro-Länder. Die christlich-liberale Koalition hat frühzeitig die Weichen gestellt und setzt den Kurs der erfolgreichen Haushaltskonsolidierung unverändert und konsequent fort. Wesentliche Ziele sind die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse und der konsequente Abbau der Neuverschuldung.

Insbesondere dank des Aufschwungs und des im vergangenen Jahr umgesetzten Zukunftspaketes wird die Neuverschuldung nach den Plänen der Bundesregierung im Jahr 2012 mit rund 27 Milliarden Euro weit geringer als bisher angenommen ausfallen können. Unser Ziel ist und bleibt ein ausgeglichener Bundeshaushalt. Unser Ziel ist und bleibt die Reduzierung der Neuverschuldung und die Einhaltung der Schuldenbremse. Es ist heute schon mehrfach gesagt worden: Viele Länder folgen uns Gott sei Dank jetzt auf diesem Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es darf auch erwähnt werden, dass das sogenannte Defizitkriterium nach dem Maastricht-Vertrag von uns schon in diesem Jahr eingehalten werden kann. Wir sind in Relation zum Bruttoinlandsprodukt mit einem Anteil von 1,5 Prozent besser, als bisher angenommen werden konnte. Wir strengen uns also an und sind auf einem guten Weg. (C)

Zum Abschluss darf ich eine persönliche Bemerkung machen: Ich habe bei der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung zu den großen Skeptikern gehört. Ich meine, damals gab es gute Argumente dafür. Es bringt aber heute nichts mehr, die Debatten von damals zu führen. Wir stehen heute nicht vor der Frage, ob wir den Euro wollen oder nicht. Der Euro ist unsere gemeinsame Währung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben deshalb alles zu tun, um die Stabilität unserer gemeinsamen Währung sicherzustellen. Das ist unsere Verantwortung, die wir zu tragen haben.

Ich gebe zu und sage ganz ausdrücklich: Nach meiner Überzeugung hat uns der Euro sehr stark geholfen, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu steigern. Wir sind ein absolut exportorientiertes Land. Damit hat diese Währung dazu beigetragen, dass wir wirtschaftlich gut dastehen, dass der Wohlstand gesichert werden kann, dass unsere sozialen Sicherungssysteme gut sind und dass die Menschen und die Arbeitsplätze sicher sind. Auch wenn wir bisher Zweifel daran gehabt hätten, so brauchen wir bloß Richtung Schweiz zu schauen und zu verfolgen, zu welchen Maßnahmen sich die Schweiz veranlasst sieht, nämlich den Schweizer Franken an den Euro zu binden, weil sie sonst auf den globalen Märkten in Bezug auf ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr mithalten könnte. (D)

Ich sage ganz offen: Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, langfristig für die Stabilität des Euro einzutreten und ihn zu sichern. Bei allen kritischen Diskussionen, die wir untereinander führen und die die Menschen im Lande mit uns führen, und allen Besorgnissen, die verständlicherweise vorhanden sind: Die Menschen in unserem Land erwarten, dass wir alles tun, um unsere gemeinsame Währung zu sichern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Axel Schäfer für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Axel Schäfer (Bochum) (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über den EFSF-Rahmenvertrag und damit über die künftige Architektur, aber auch über die Architekten innerhalb der EU. Ich war gestern bei der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Drei Aspekte sind in diesem Zusammenhang

**Axel Schäfer (Bochum)**

- (A) für uns entscheidend. Erstens. Das Bundesverfassungsgericht hat den Weg zur weiteren europäischen Integration geöffnet und uns damit verpflichtet, ihn zu gehen. Zweitens. Das Bundesverfassungsgericht hat sich nicht an die Stelle des Bundestages gesetzt und gesagt: Wir wissen alles besser. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, zu überlegen, wie wir unsere Rolle bei Finanzfragen inhaltlich auszufüllen haben. Drittens. Es hat wieder einmal die Rechte des Deutschen Bundestages gestärkt.

(Marco Buschmann [FDP]: Gott sei Dank!)

Deshalb ist es falsch von der Bundesregierung – Herr Minister Schäuble, bei allem Respekt –, dass ein privatrechtlicher Vertrag, in dem Staaten vereinbaren, staatliche Aufgaben wahrzunehmen, nicht dem Bundestag zur Ratifizierung vorgelegt wird. Ich bin mir sicher, es gibt eine große Mehrheit in allen Fraktionen, die diese politische wie rechtliche Auffassung teilen. Nur manche trauen sich nicht, das zu sagen. Wir, die SPD, trauen uns, weil wir es für richtig halten, und auch, weil wir die große Mehrheit der Verfassungsrechtler auf unserer Seite haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Sprechen wir endlich offen über die Architektur der Europäischen Union. Wir dürfen nichts mehr verschwurbeln, auch weil es um Demokratie geht. Eine Stärkung der gemeinsamen europäischen Handlungsfähigkeit funktioniert nur integrativ und nicht nur intergouvernemental, wie das jetzt meist der Fall ist. Es gibt keine Pseudokonstruktion einer Wirtschaftsregierung à la Herr Van Rompuy, die zweimal im Jahr tagt. Es gibt eine real existierende europäische Regierung, die wir dazu ertüchtigen, demokratisch stärken und mit Mitteln ausstatten müssen: Das ist die Europäische Kommission. Das ist bisher die Mehrheitsmeinung im Bundestag gewesen. Leider halten die Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU und FDP sich nicht mehr an diese gemeinsame Grundlage. Es ist eben kein europäischer Weg, der intergouvernemental gegangen wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist falsch, zu glauben, wir brauchen für alles Vertragsänderungen. Wir brauchen eine Kommission, die mutig ist, all das, was von Jacques Delors begonnen wurde, fortzuführen. Wir hatten in der SPD-Fraktion gerade die Möglichkeit, sehr intensiv mit ihm zu diskutieren. Es geht um die Möglichkeiten, wirtschaftliche Koordinierung in Gesetzesform zu gießen und damit viel mehr an Vorgaben zu machen als das, was bisher auf dem Tisch liegt. Wenn wir diese Form der Ertüchtigung der Europäischen Kommission wählen, stärken wir auf der einen Seite natürlich die Handlungsfähigkeit und die Handlungsmöglichkeit des Europäischen Parlaments, und auf der anderen Seite beziehen wir den Deutschen Bundestag in allen Fragen voll ein. Das ist doch offensichtlich der Wille der Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite des Hauses. Sie müssen das aber auch in ihren praktischen Entscheidungen umsetzen.

- (C) Weil das in einer Demokratie dazugehört, will ich an dieser Stelle ausdrücklich den Kollegen Oettinger, den neuen EU-Kommissar, loben. Zur Stärkung der Demokratie ist es erforderlich, dass unser Parlament ebenso wie die anderen nationalen Parlamente beteiligt wird, wenn es um die Vorentscheidung, um die Prägung der Kommission geht. Günther Oettinger hat gesagt: Jawohl, bevor die Investitur im Europäischen Parlament stattfindet, bevor ich dort offiziell angehört, befragt und beurteilt werde, gehe ich in den Europaausschuss des Deutschen Bundestages – die SPD hatte die Initiative ergriffen und ihn eingeladen – und stelle mich dort den Fragen; ich stehe Rede und Antwort. Ich sage ehrlich: Er hat in vielen Dingen auch mich überzeugt. Stellen Sie sich vor: Am selben Tag ist hier eine Ministerin ernannt worden. Davon hat der Bundestag vorher nichts gewusst. Der zuständige Ausschuss hatte keine Chance, mit ihr vor ihrer Ernennung über ihre Vorstellungen zu diskutieren, um einen Eindruck von ihren politischen Qualitäten zu bekommen. Diese Möglichkeit hatten wir bei Günther Oettinger. Wenn wir die Kommission stärken wollen, muss auch der Deutsche Bundestag gestärkt werden, wenn es um Entscheidungen über die Kommission geht.

- (D) Ein weiterer Punkt ist die Selbstverpflichtung, die die europäische Sozialdemokratie eingegangen ist. Die Initiative dafür ging von der SPD aus. Wir werden eine stärker demokratisch legitimierte Kommission nur dann bekommen, wenn sie durch die Europawahl demokratisch legitimiert wird. Dadurch würde die Kommission ein breiteres Kreuz erhalten, das hilft, wenn es um zentrale Finanzfragen geht. Dann würde die Kommission öffentlich ganz anders wahrgenommen und könnte auch gegenüber den Regierungen anders und selbstbewusster auftreten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden 2014 mit einem Spitzenkandidaten oder einer Spitzenkandidatin antreten und sagen: Wenn es für ihn oder sie eine parlamentarische Mehrheit gibt, wird er oder sie sich im Parlament als Kommissionspräsident zur Wahl stellen. Das ist die Legitimation, die wir brauchen. Dafür kämpfen wir.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage noch etwas zu den Architekten: In diesem Haus sind wir uns Gott sei Dank über viele Dinge einig. Zum Beispiel respektieren wir alle die Entscheidungen von Gerichten und halten uns an europäische Gesetze. Natürlich sind wir alle für Medienvielfalt und gegen Rechtspopulismus. Das Problem in Europa ist, dass wir Regierungen haben, in Dänemark, den Niederlanden, Italien und Ungarn, die dieses Grundverständnis nicht teilen. Das hat nichts mit einzelnen Streitpunkten auf den Gebieten Bildung, Soziales oder Energie zu tun. Das sind christdemokratische oder rechtsliberale Regierungen. Die aktuelle europäische Krise ist zum Teil eine Krise der Mehrheit der Christdemokraten, die die Verantwortung in Europa haben. Diese Krise ist nur durch ein anderes Mehrheitsverhältnis in Europa zu bewältigen. Wir werden das gemeinsame Europa nur mit mehr sozialdemokratischer Politik realisieren können. Die EVP wird das definitiv nicht hinbekommen.

(Beifall bei der SPD)

**(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Für die FDP-Fraktion erhält jetzt der Kollege Otto Fricke das Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Otto Fricke (FDP):**

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz grundsätzlich ist die Frage zu stellen, die sich jeder Bürger stellt: Warum haben wir eigentlich Schulden? Das ist doch das Kernproblem, über das wir heute reden. Dieses Problem müssen wir lösen. Wir haben nicht wegen irgendwelcher Bankenkrisen Schulden.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch! Irland!)

– Doch? Haben Sie sich eigentlich einmal überlegt, warum wir schon vor der Bankenkrise, also zum Ende der rot-grünen Regierungszeit eine Verschuldung von über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hatten, warum wir am Ende der Regierungszeit von Rot-Grün schon weit über 1 000 Milliarden Euro Schulden hatten? Doch nicht wegen der Bankenkrise. Der Grund dafür ist, dass die Politik immer wieder denselben Fehler gemacht hat. Man hat gesagt: Für unsere Politik brauchen wir mehr Geld.

(Klaus Hagemann [SPD]: Mit der FDP! Die FDP war immer dabei!)

**(B)** Herr Ernst, Sie sagen immer, dass wir uns von den Märkten unabhängig machen müssen und Euro-Bonds brauchen – das ist ja schön; auch SPD und Grüne wollen Euro-Bonds –, aber ich muss Sie schon fragen: Wer soll diese Bonds nach Ihrer Meinung kaufen? Diese Euro-Bonds kauft doch der Markt. Dann haben wir wieder das Problem, dass der Markt darauf vertrauen muss, dass wir das Geld zurückzahlen. Oder er vertraut uns eben nicht. Wer ist denn der Markt? Der Markt ist auch Arbeitnehmer. Der Markt ist auch ein Pensionsfonds. Der Markt ist auch die Altersvorsorge von ganz vielen Arbeitnehmern. Der Markt ist auch jeder Riester-Rentner, der sein Geld dort angelegt hat. Auf dem Markt haben auch Universitäten ihr Geld angelegt. All diese müssen die Sicherheit haben, dass jemand, der sich verschuldet hat, das Geld zurückzahlt. Daran glaubt man nun nicht mehr.

Jetzt kommt der nach meiner Meinung für Europa entscheidende Punkt, bei dem sich Links von Bürgerlich deutlich unterscheidet. Für uns heißt Europa: Als starkes Land, als größter Zahler Europas haben wir die Verantwortung, für unseren Teil zu haften und für unseren Teil etwas zu tun. Das ist das – dies will ausdrücklich sagen –, was diese Koalition will: eine Haftung für den Anteil, der der Stärke entspricht.

Was wollen Sie? Herr Gabriel, jetzt kommen wir einmal zu Ihren wunderschönen Arten von Euro-Bonds. Sie wollen etwas anderes.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Sie haben doch gar nicht zugehört, Herr Fricke!)

– Nein, Sie haben nicht zugehört; Sie haben nach hinten gekuckt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Sie reden doch die ganze Zeit am Thema vorbei!)

**(C)**

Herr Gabriel, Sie wollen, dass wir – anders als bei der EFSF – nicht auf unseren Anteil begrenzt haften. Nichts anderes tun wir; die Haftung war schon immer auf den Anteil begrenzt.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Vergiss es! – Sigmar Gabriel [SPD]: Das haben Sie uns vor einem Jahr auch schon versprochen! – Manfred Zöllmer [SPD]: Ottos Märchenstunde!)

Sie wollen eine Gesamthaftung Deutschlands für alle europäischen Staatsschulden. Genau das schwebt Ihnen vor.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das ist Quatsch, was Sie erzählen!)

Sie wollen nichts anderes als einen Länderfinanzausgleich auf Kosten von Deutschland.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sigmar Gabriel [SPD]: Das machen Sie gerade!)

Das ist Ihr Wunsch; das bestätigen Sie. Sie haben das gemeinsam mit Herrn Steinmeier, gemeinsam mit Ihrem Weltökonom Herrn Steinbrück immer wieder bestätigt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Dadurch, dass Sie das mehrfach behaupten, wird es nicht wahrer! Sie reden unter Ihren Möglichkeiten! – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es stimmt nicht!)

**(D)**

Man kann es immer wieder finden, zuletzt auch im *Spiegel*. Sie wollen eine gemeinsame Haftung Deutschlands für alle Schulden.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Quatsch! Uns reichen schon die Schulden, die wir wegen Ihnen machen!)

Wir wollen eine anteilige Haftung entsprechend der Verantwortung. Das ist der Kern und der wesentliche Unterschied zwischen Rot-Rot-Grün und der bürgerlichen Koalition.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das ist einfach falsch!)

Bei der Lösung müssen wir auf eines achten – und ich bin dem Bundesverfassungsgericht für seine gestrige Entscheidung dankbar –: Die Hauptaufgabe, die wir bezüglich Europa haben, ist doch, Europa wieder in die Öffentlichkeit und in die Parlamente zu bringen. – Herr Gabriel, hören Sie mir bitte zu; ich habe Ihnen doch auch zugehört. Das wäre fair und nett.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ich muss nicht vorne sitzen, um zuzuhören! – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: So einen Unsinn muss man sich nicht antun!)

Otto Fricke

- (A) – Ja, klar, man kann den Rücken zuwenden. Jeder hat seine Art von Höflichkeit. – Ich will auf eines hinaus. Die Bürger fragen sich – das merken wir in all unseren Gesprächen –: Wer entscheidet eigentlich über mein Geld? Wo passiert das? Irgendwo in Brüssel in einem Hinterzimmer, irgendwo in einem Ministerium? Die Parlamentsbeteiligung, Art. 38 des Grundgesetzes und die Verfassungsgerichtsentscheidung – wenn wir wollen, können wir sogar 320 Jahre auf Locke zurückgehen – sorgen dafür, dass die Diskussion über die Frage, wie viel Geld wir wem wofür geben, in die Parlamente kommt. Das ist die wesentliche Grundlage, die Voraussetzung für eine Vertiefung Europas.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Ulrich Maurer für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Ulrich Maurer (DIE LINKE):**

- Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Lage nicht so extrem ernst wäre und die Folgen nicht so katastrophal, dann wäre es schon fast amüsant, zu sehen, wie Sie sich hier gegenseitig die Verantwortung zuschieben für eine Suppe, die Sie gemeinsam angerührt haben. Die Krise, in der wir uns befinden, hat zwei zentrale Ursachen: zum einen die völlige Deregulierung der Finanzmärkte und die Unterwerfung der Politik unter die Finanzmärkte und zum anderen die Schaffung riesiger volkswirtschaftlicher Ungleichgewichte, vor allem auch durch die Bundesrepublik Deutschland. Sie alle waren sich einig, dass eine richtige Strategie sei, in Deutschland die Löhne zu senken, die Renten und die Sozialleistungen zu kürzen, um sich auf der Basis des Euro einen Wettbewerbsvorteil für die deutsche Exportindustrie zu verschaffen. Bei dieser Strategie waren Sie sich alle einig.

(Beifall bei der LINKEN – Marco Buschmann [FDP]: Die Arbeitslosigkeit ist gesunken!)

Wenn ich den Kollegen Gabriel heute das Schicksal eines Wachmanns beklagen höre,

(Marco Buschmann [FDP]: Wo ist er denn?)

dann fällt mir ein, wer die Gesetze zur Einführung der Zeitarbeit, der Sklavenarbeit, der Leiharbeit in Deutschland gemacht hat. Ein bisschen Selbstkritik und ein bisschen Demut wären in dieser Situation angemessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kollege Trittin, wer hat eigentlich die Finanzmarktförderungsgesetze gemacht? Schauen Sie einmal nach. Wer hat dafür gesorgt, dass die Hedgefonds in Deutschland zugelassen wurden, dass die Derivate zugelassen wurden? Wer ist hier im Deutschen Bundestag herumgerannt – auch unter Ihrem Applaus – und hat geschrien: „Wir müssen Frankfurt zu einem Finanzplatz wie Lon-

don machen“? Das waren doch Sie alle. Jetzt stehen Sie hier und beklagen die Folgen Ihrer eigenen Politik, ohne ein Wort der Kritik an dem zu verlieren, was Sie da angerichtet haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will einen schwäbischen Unternehmer zitieren, den Vorstandsvorsitzenden von Bosch. Er sagte: Die Finanzmärkte sind kurz davor, die Weltwirtschaft in eine neue Krise zu reißen. Außerdem sagte er: Wenn ich den Finanzsektor zu regulieren hätte, dann würde ich die Universalbanken abschaffen und viele Finanztransaktionen verbieten, die nichts mehr mit realen Geschäften zu tun haben. – Das ist die Position der Linken. Das, was Fehrenbach von Bosch sagt, erzählen wir Ihnen seit Jahren. Wenn Sie weiterhin Billionen Bonds, Derivate und das Treiben der Schattenbanken zulassen und nur Sprüche klopfen, dann wird die Entwicklung so weitergehen wie in den letzten Jahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben Ihnen gesagt: Wir schlagen vor, die Finanzierung der europäischen Staaten von dem Diktat der Finanzmärkte zu entkoppeln.

(Marco Buschmann [FDP]: Dann muss man Schulden reduzieren!)

Wir haben vorgeschlagen, dafür zu sorgen, dass in der Tat eine europäische Bank Staatsanleihen zeichnen und begeben muss, anstatt dies den sogenannten Finanzmärkten zu überlassen. Sie sagten, Sie glauben nicht, dass das geht.

(D)

Ich will Ihnen ein Beispiel liefern, ein revolutionäres Beispiel aus der Schweiz aus den letzten Tagen. Die Schweizerische Nationalbank hat erklärt: Die Preisfindung beim Schweizer Franken durch die internationalen Finanzmärkte wird von uns nicht mehr akzeptiert. – Dann hat sie einen eigenen Preis festgesetzt und gesagt: Diesen Preis werden wir mit allen Mitteln verteidigen. – Oh Wunder: Die internationalen Finanzmärkte haben den diktierten Preis in den ersten Tagen akzeptiert. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Das war ein revolutionärer Schritt.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Kennen Sie auch die Instrumente, die die Schweizer einsetzen?)

Warum fahren Sie damit fort, Rettungsschirme zu konstruieren, von denen Sie wissen, dass sie nicht ausreichen werden, um die Spekulationen gegen italienische oder spanische Staatsanleihen zu beenden? So werden die Spekulationen fortgesetzt. Warum unterwerfen Sie sich auch damit wieder dem Diktat der sogenannten Finanzmärkte, anstatt Konsequenzen zu ziehen? Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten in Deutschland nicht mehr das System der Kommunalanleihen, sondern Duisburg und Dortmund müssten sich an den internationalen Finanzmärkten verschulden. Was glauben Sie, was da los wäre? Genau so gehen Sie jetzt mit der Situation auf europäischer Ebene um. Die Griechen bedecken Sie mit Auflagen. Die Italiener und die Spanier machen jetzt schreckliche Dinge, die ihre Länder in die Depression

**Ulrich Maurer**

- (A) treiben werden. Warum ziehen Sie nicht die Lehren aus der deutschen Geschichte? Die deutsche Reichsregierung hat sich auf genau die gleiche Art und Weise in die Krise hineingespargt, wie Sie es jetzt verordnen, nämlich zulasten der Masseneinkommen. Das hat uns Faschismus und Krieg beschert. Wir sind sehr erregt – das will ich Ihnen sagen –, weil Sie sich bei dem, was Sie da machen, im Hinblick auf die Zukunft Europas insgesamt verantwortungslos verhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Politik nicht grundlegend geändert wird, wenn Deutschland nicht aufhört, den Euro als Plattform zu benutzen, um dann auf der Basis von Lohnsenkungen und Konkurrenzvorteilen die anderen Länder an die Wand zu konkurrieren – das war schon unter Schröder und Fischer so –, wenn die Kaufkraft in Deutschland nicht gestärkt wird, wenn Deutschland nicht auch als Binnenmarkt stark wird und wenn Sie weiter abschreiben, was Ihnen der internationale Bankenverband diktiert – Gregor Gysi hat es gestern nachgewiesen –, dann setzen Sie die Krise fort, von Rettungsschirm zu Rettungsschirm, von Milliardenverlust zu Milliardenverlust. Sie haben es bis heute nicht begriffen: Nicht Rettungsschirme werden Europa retten, sondern eine grundlegende Veränderung der Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

- (B) Das Wort erhält jetzt der Kollege Manuel Sarrazin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte hatte teilweise Züge eines historischen Seminars, Institut für Zeitgeschichte, speziell 70er-Jahre.

(Heiterkeit bei Abgeordneten im ganzen Hause – Norbert Barthle [CDU/CSU]: In der Tat! – Otto Fricke [FDP]: Da hat er allerdings recht! – Zuruf von der LINKEN: Geschichtsvergessenheit!)

Ich möchte in Richtung der Koalition sagen: Prinzipientreue ist ein großes Wort. Herr Fricke, da Sie von Schulden und Schuldenstaaten geredet haben, muss ich Ihnen sagen: Gerade das Beispiel Irland, das Sie gepredigt haben, hat es doch gezeigt: Vor der Krise lag die Staatsverschuldung in Irland bei unter 30 Prozent, jetzt befindet sich das Land unter dem Rettungsschirm. Das ist neoliberale Politik, die Sie zum Vorbild nehmen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zur Wahrheit und zur Prinzipientreue gehört genauso, dass Sie seit Monaten etwas von quasiautomatischen Sanktionen erzählen. Aber genau in diesen Tagen haben Sie das – die Stärkung des Stabilitätspakts – bei den Verhandlungen im Rat gekippt. Quasiautomatische Sanktionen wird es nicht geben, weil Ihr Finanzminister das in

Brüssel gestoppt hat. Auch das gehört zur Prinzipientreue dazu. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir über diesen Rettungsschirm diskutieren, dann reden wir auch darüber, dass viele Menschen das Gefühl haben, dass Politik nicht mehr entscheidet. Sie machen durch Ihre zögerliche Salamtaktik eben nicht deutlich, dass die Änderungen, die jetzt kommen, die Handlungsfähigkeit der Politik steigern. Dieser Schirm wird nicht die endgültige Lösung sein. Es ist nicht sozusagen das Manna, das vom Himmel fällt, aber es ermöglicht der Politik, mehr einzugreifen als vorher. Deswegen ist die neue EFSF besser als die alte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wessen Erfolg ist das? Seien Sie doch mal ehrlich! Sie haben eineinhalb Jahre lang immer wieder Schritt für Schritt versucht, jede dieser neuen Möglichkeiten zu verhindern. Sie haben hinausgezögert und gezauert. Und jetzt stellen Sie sich hier hin, vertreten genau diese Möglichkeiten und reden von Prinzipientreue. Ihr Zickzackkurs ist der Grund, warum die Menschen nicht verstehen, weshalb es jetzt richtig ist, diesen Schirm so zu verändern. Das kann man Ihnen zu Recht vorwerfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Doppelzüngigkeit und kurzsichtige Note ist das Problem der deutschen Europapolitik. Die Europäische Union ringt um ihre Zukunft, aber Sie ringen immer nur darum, die nächste kleine Nachgabe deutlich zu machen. Anstatt die Zukunft Europas zu beschreiben, die europäischen Institutionen – das Europäische Parlament und die Kommission – zu stärken und für eine demokratisch legitimierte Wirtschaftsregierung zu kämpfen, befassen Sie sich immer noch mit Zwischenrufern, die von Euro-Austritt und Nord-Euro sprechen. (D)

Andere finde ich interessanter. Das Verfassungsgericht hat in seinem Urteil gestern aus meiner Sicht einen weisen Weg im Hinblick auf einen starken Bundestag und einen handlungsfähigen Rettungsschirm gewiesen, einen Weg, für den wir Grüne immer plädiert haben.

(Marco Buschmann [FDP]: Lesen Sie mal Ihre eigenen Papiere!)

– Vielleicht sollten Sie sich vergegenwärtigen, was wir damals im Haushaltsausschuss eingefordert haben. Wir haben damals gesagt, dass wir genau das wollen, was das Verfassungsgericht mit seiner verfassungskonformen Auslegung vorgegeben hat. Wir sollten uns also diesbezüglich nicht nur bemühen. Damals haben wir wie in § 10 EUZBBG ein zwingendes Einvernehmen gefordert. Daran werden Sie sich doch noch erinnern können. Wir konnten uns bei Ihnen bzw. beim Ministerium nicht durchsetzen. Das ist die historische Wahrheit, wenn Sie denn schon auf Prinzipientreue setzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Manuel Sarrazin**

- (A) Das Bundesverfassungsgericht hat weniger die Grenzen des Grundgesetzes als die europäischen Verträge aufgezeigt und deutlich gemacht: Wir müssen über die Verträge nachdenken, wenn wir die Krise handlungsstark und europäisch lösen wollen. – Das Gericht hat den gegenwärtigen Charakter der Verträge betont und macht uns klar, dass vielleicht Vertragsänderungen – übrigens ein weiteres Extabu Ihrer Koalition – notwendig sein werden. Dabei verhindert es keineswegs die Einführung von Euro-Bonds, sondern denkt im Gegensatz zu Ihnen voraus und setzt Mindeststandards für solche Ideen. Dabei geht es um die Fortentwicklung der europäischen Verträge und um das Budgetrecht dieses Hauses. Es schafft etwas, das Sie nicht nutzen. Das Verfassungsgericht gibt Spielraum für eine proeuropäische Linie in der deutschen Europapolitik, die selbstbewusst ist und wieder zum Motor für die europäische Integration als Lösung der Krise werden kann. Ein Schritt dabei ist die neue EFFS. Diesen Schritt wollen wir als starkes Parlament gemeinsam mit Ihnen gehen.

Da Sie in diesem Zusammenhang von Parlamentsrechten reden, möchte ich darauf hinweisen, dass die grüne Bundestagsfraktion gerade Klage gegen die Informationspolitik der Regierung gegenüber dem Bundestag vor Gericht eingereicht hat. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie klar sagen – so ist die einvernehmliche Haltung des Deutschen Bundestages –, dass es sich bei diesen Fragen um Angelegenheiten der Europäischen Union handelt, bei denen die Informationsrechte des Bundestags entsprechend zu berücksichtigen sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich sage Ihnen: Noch ist Zeit, in dieser Frage einzulenken. Dazu sollten Sie Ihre Regierung bringen, anstatt hier immer nur große Reden zu schwingen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Norbert Barthle von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Norbert Barthle (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Sarrazin, in einem Punkt gebe ich Ihnen völlig recht: Wenn man die Debatten verfolgt, insbesondere die Argumente der Opposition, kann man heute den Eindruck gewinnen, dass es sich um Vergangenheitsbewältigung handelt, wenn es darum geht, wie wir die Verschuldungskrise innerhalb Europas bekämpfen wollen. Es hilft uns doch nicht weiter, wenn wir darüber rasonieren, ob nun die Regierung Karamanlis oder die Regierung Papandreou an der riesigen Verschuldung Griechenlands Schuld hat. Es hilft uns auch nicht weiter, wenn wir den Blick zurücklenken, Herr Gabriel, um herauszufinden, wer für den hohen Schuldenstand in Deutschland Verantwortung trägt. Das waren nämlich wir alle, alle Parteien, die in diesem Haus vertreten sind. Ausnahme sind die Linken.

(Florian Toncar [FDP]: Die auch!)

- Sie haben im anderen Teil Deutschlands damit ihre besonderen Erfahrungen gemacht. (C)

Liebe Kollegen, das Ganze empfinde ich schlichtweg als peinlich. Ich bin überzeugt: Auch die Menschen nehmen es als peinlich wahr, wenn wir uns in dieser Art der Vergangenheitsbewältigung und mit parteipolitischer Polemik auseinandersetzen, anstatt darüber nachzudenken, wie wir diese Krise bewältigen können und wohin es in Europa gehen muss. Das ist doch das Thema.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann nur sagen: Ich bin der Bundeskanzlerin ausgesprochen dankbar, die gestern in ihrer Rede dargelegt hat, wohin es in diesem Europa gehen muss. Sie hat uns klargemacht, dass wir eine Stabilitäts- und Soliditätskultur in ganz Europa brauchen. Das ist der richtige Weg; darauf müssen wir unsere Kraft verwenden. Das zeigt uns nicht nur die Situation in Europa, sondern auch in den USA, in Japan und in vielen anderen führenden Industrienationen. Man muss darüber reden, ob man nicht über seine Verhältnisse gelebt hat. Jeder, der über seine Verhältnisse lebt, wird irgendwann dafür bestraft. Damit meine ich nicht den Taxifahrer in Athen, Herr Ernst. Ich meine die gesamte griechische Bevölkerung.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Oder den Porschefahrer in Berlin!)

- Natürlich auch den Porschefahrer; das ist logisch. – Es muss darum gehen, alle Kräfte darauf zu verwenden, unsere Währung erstens stabil zu halten und zweitens zukunftsfest zu machen und damit auch den gesamten europäischen Wirtschaftsraum entsprechend aufzustellen. (D)

Das hat inzwischen auch die gesamte deutsche Wirtschaft erkannt. Ich bin froh, dass dies vor wenigen Tagen die führenden Vertreter, Hans Heinrich Driftmann als Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und Otto Kentzler als Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, in einem Namensbeitrag in der *Welt* deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Ich darf mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitieren:

Die deutsche Wirtschaft bekennt sich in dieser schwierigen Phase zum Euro – und unterstützt die Verantwortlichen dabei, die Währungsunion und die EU insgesamt für künftige Krisen zu wappnen. Allein aus demografischen Gründen muss Deutschland auf Europa setzen, und international werden wir uns gegenüber größeren, aufstrebenden Staaten nur als aktionsfähiges Europa Einfluss sichern.

Auch die Handwerker haben erkannt, dass die Aktion, Europa zukunftsfest zu machen, allen hilft, auch den Menschen, die in Handwerksbetrieben und in kleinen oder mittleren Unternehmen beschäftigt sind. Das hilft unserer Bevölkerung insgesamt. Deshalb müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir dies insgesamt gestalten.

Dabei ist die Ertüchtigung der EFSF nur ein Schritt von vielen Schritten. Aber auch die Ertüchtigung der EFSF ist in diesem Gesamtzusammenhang zu sehen. Es geht um die Stärkung des Regelungsgefüges innerhalb

Norbert Barthle

- (A) der Europäischen Union. Dabei geht es nicht nur darum, mit möglichst viel Geld Europa zu sichern. Das ist nicht nur eine Frage des Geldes. Es geht auch darum, Europa insgesamt gut aufzustellen und es fester gegenüber Angriffen von außen zu machen. Wir stärken deshalb den Stabilitätspakt, schließen einen Euro-Plus-Pakt und führen die europäische Integration fort. Eines ist klar: Aus aufgrund akuter Entwicklungen heraus entstandenen temporären Rettungsmaßnahmen müssen dauerhafte Krisenpräventionsmaßnahmen entstehen. Es muss in Zukunft um präventive Maßnahmen gehen. Darauf stellen wir uns ein, und danach richten wir uns.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein Wort zu den bereits besprochenen Euro-Bonds sagen. Liebe Kollegen von Rot und Grün, das Bundesverfassungsgerichtsurteil ist eindeutig: Unter den gegebenen Bedingungen sind Euro-Bonds verfassungswidrig. Deshalb ist es erstaunlich, wie sich SPD und Grüne jetzt mühsam von diesen Euro-Bonds absetzen,

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir doch gar nicht!)

während sie zuvor tage-, wochen- und monatelang die Bundesregierung aufgefordert haben, sofort Euro-Bonds einzuführen. Das konnte jeder nachlesen. Dabei hat aber sicherlich auch das Urteil von Standard & Poor's eine Rolle gespielt, nach dem Euro-Bonds genauso bewertet würden wie Griechenland-Anleihen, also als Ramschpapiere eingestuft. Das ist ein eindeutiges Urteil.

- (B) Meine Damen und Herren, die SPD – erlauben Sie mir diesen Schlenker – lag aber bei den großen politischen Entscheidungen eigentlich schon immer daneben.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Bei der Ostpolitik zum Beispiel!)

Das begann mit dem NATO-Doppelbeschluss. Das war bei der deutschen Wiedervereinigung so. Bei der Krisenbewältigung in Europa ist es gerade wieder so.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Gerd Bollmann [SPD]: Keine Ahnung von Geschichte!)

Ich bin positiv überzeugt, dass wir uns mit dem, was wir derzeit in Spanien, in Italien und in Frankreich erleben, aber auch ganz konkret dort, wo Hilfsmaßnahmen und Rettungsschirme wirken, nämlich in Portugal und Irland, auf dem richtigen Weg befinden. Die Signale aus diesen Ländern zeigen: Das Konzept, ein stabiles Europa zu gestalten und die Verschuldung der Staaten zurückzuführen, wird erkannt und ernsthaft umgesetzt.

Mit dem Gesetz regeln wir jetzt die nationale Umsetzung. Damit wollen wir unseren nationalen Beitrag leisten und entsprechend Vorsorge treffen. Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, eine Beteiligung des Deutschen Bundestages vorzusehen, die noch über das hinausgeht, was das Bundesverfassungsgericht uns vorgegeben hat. Ich will mich an dieser Stelle ganz bewusst bei der FDP und selbstverständlich auch bei der CSU für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Wir haben im

Haushaltsausschuss gestern Abend einen Koalitionsantrag vorgelegt, in dem festgehalten ist, wie wir uns die parlamentarische Beteiligung vorstellen. Ich lade die Opposition dazu ein, sich daran zu beteiligen. Wir haben bereits ein Vorgespräch geführt. Ich hoffe, dass wir zueinanderfinden; denn es ist gute parlamentarische Tradition, Gesetze, die die Beteiligung des Parlaments betreffen, in großem Konsens zu verabschieden.

Der Gesetzentwurf sieht vor, den gesamten Deutschen Bundestag an allen Entscheidungen bei der EFSF, die zu einer Inanspruchnahme von Gewährleistungen führen, insbesondere dann, wenn es um neue Hilfsprogramme geht, zu beteiligen. Das heißt, dass die Zustimmung des Bundestages Voraussetzung für eine Zustimmung zur EFSF ist. Es ist ein abgestuftes Verfahren vorgesehen. Werden im Rahmen der genehmigten Gewährleistungen zentrale Bedingungen des Programms geändert oder angepasst, ist – genau so wie es das Bundesverfassungsgericht explizit vorschreibt – die vorherige Zustimmung des Haushaltsausschusses notwendig. Uns reicht es, wenn der Haushaltsausschuss über das operative Geschäft zeitnah und umfassend informiert wird.

Ich glaube, dass das der richtige Weg ist, um nicht nur Kontrolle, sondern vor allem auch eine parlamentarische Legitimation der Bundesregierung herzustellen; denn dadurch wird die Position der Bundesregierung in den internationalen Verhandlungen gestärkt. Das ist kein Zeichen des Misstrauens, sondern ein Zeichen des Zutrauens und der Stärke bei unseren Verhandlungspositionen auf europäischer Ebene.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich werbe deshalb nachdrücklich dafür: Stimmen Sie allen Teilen dieses Gesetzentwurfes zu! Dann haben wir einen weiteren Baustein zur Sicherung der Zukunft Europas geschaffen.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die FDP spricht jetzt der Kollege Marco Buschmann.

(Beifall bei der FDP)

**Marco Buschmann (FDP):**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie Folgendes der Sturm- und Drangphase eines jungen Kollegen geschuldet sein: Wenn wir für jede hohle Phrase der Opposition einen Euro ins Phrasenschwein geworfen hätten, hätten wir die europäische Staatsschuldenkrise schon gelöst. Dann könnten wir diese Beträge überweisen und brauchten keinen EFSF.

(Beifall bei der FDP – Joachim Poß [SPD]: Haben Sie denn gestern bei Herrn Brüderle und bei Herrn Kauder mitgezählt?)

Denn was wir heute hier gehört haben, war der Versuch des geordneten Rückzugs aus den Euro-Bonds.



**Marco Buschmann**

- (A) Die Krönung war dann noch der Versuch von Herrn Trittin, der nur austeilen und nicht einstecken kann – zumindest ist er gar nicht da und bereit, sich dem zu stellen –, uns über demokratische Grundsätze und das, was das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, zu belehren. Das schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei der FDP)

Uns braucht niemand darüber zu belehren, dass ein zentrales Element von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der Parlamentsvorbehalt ist. Dabei geht es auch nicht um Pfründe der Abgeordneten; das ist völlig klar. Es geht vielmehr darum, dass die gewählten Repräsentanten der Bürger das Zepter für politische Prioritäten in der Hand behalten.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

Wenn man ihnen dieses Zepter entreißt, dann entreißt man dem Volk ein Stück seiner Selbstbestimmung. Darüber braucht uns niemand zu belehren. Daher werden wir als Koalition aus Union und FDP – das haben wir Ihnen auch schwarz auf weiß aufgeschrieben – in das Stabilitätsmechanismusgesetz die schärfste Form eines Parlamentsvorbehaltes schreiben, den das deutsche Staatsrecht kennt. Die Vertreter Deutschlands in den Gremien der EFSF müssen bei allen haushaltsrelevanten Entscheidungen mit Nein stimmen, es sei denn, es liegt vorher die ausdrückliche Zustimmung des Deutschen Bundestages vor. Ein Quasi-Ja durch Enthaltung oder Fernbleiben bei der Abstimmung ist nicht möglich. Durch diesen Mechanismus gelangt das Vetorecht Deutschlands in diesen Gremien, das aus dem Einstimmigkeitsprinzip folgt, aus den Händen der Regierung in die Hände des Parlaments. Einen stärkeren Kontrollmechanismus werden Sie im gesamten deutschen Recht nicht finden. Die Koalition setzt hier Maßstäbe.

- (B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit diesem Verfahren haben wir vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – denn wir haben schon vorher gehandelt – gezeigt, dass wir sehr genau wissen, was unsere Verfassung von uns verlangt, und dass wir ihren Inhalt verteidigen werden.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Integrationsverantwortungsgesetz! Davon haben Sie wohl noch nie gehört!)

Wir als selbstbewusste Parlamentarier stellen eben keine Blankoschecks aus. Ob man es Euro-Bonds oder Blankoschecks nennt, wir werden sie nicht ausstellen, weder unserer Regierung noch einer anderen europäischen Regierung. Unser Kontrollmechanismus verwandelt die deutschen Vertreter in den Gremien der EFSF von Erfüllungsgehilfen der Regierung in einen starken Arm des Parlaments.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

Das sichert das Budgetrecht des Deutschen Bundestages wie kein anderer Mechanismus, den wir im deutschen Recht kennen. (C)

(Beifall bei der FDP)

Darin unterscheidet sich unser Entwurf von dem, was Sie, lieber Kollege Sarrazin, vorschlagen. Weil Sie das immer abstreiten, möchte ich kurz aus dem Beschluss der AG Haushalt von Bündnis 90/Die Grünen vom 30. August zitieren:

Vor der Entscheidung über die Gewährung von Finanzhilfen und vor der Entscheidung über die Bedingungen der Finanzhilfe

– also wenn Geld fließen soll –

*soll* die Bundesregierung Einvernehmen mit dem Bundestag herstellen.

Das heißt, es wäre schon schön, wenn man sich im Grundsatz daran halten würde, aber Ausnahmen bestätigen die Regel. Das ist viel weicher als das, was wir vorschlagen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ihr Vorschlag wäre vom Bundesverfassungsgericht verworfen worden. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Der Bundestag *muss* vorher zustimmen. Es hat nicht gesagt: Er soll.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Buschmann, der Kollege Sarrazin würde gerne eine Zwischenfrage stellen. Erlauben Sie das? (D)

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Nicht das Leiden verlängern!)

**Marco Buschmann (FDP):**

Selbstverständlich.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte.

**Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Verehrter Herr Kollege, da Sie höchstrichterliche Rechtsprechung anscheinend ja prophezeien können, frage ich Sie: Sind Sie sich dessen bewusst, dass das Bundesverfassungsgericht in seinem gestrigen Urteil in der verfassungskonformen Auslegung ausdrücklich auch § 1 Abs. 4 Satz 3 des StabMechG erhalten hat, der eine ähnliche Regelung vorsieht? Verstehen Sie, dass wir uns deswegen durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vollumfänglich bestätigt sehen?

**Marco Buschmann (FDP):**

Nein, das kann ich nicht verstehen. Sie haben das Bundesverfassungsgerichtsurteil nicht verstanden.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht doch wörtlich drin!)

**Marco Buschmann**

- (A) Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: § 1 Abs. 4 StabMechG bedarf der verfassungskonformen Auslegung. Es hat den Wortlaut anders ausgelegt, nämlich nicht im Sinne eines Bemühens. Das hat Herr Voßkuhle ausdrücklich gesagt, und das wüssten Sie, wenn Sie es verfolgt hätten. Es reicht eben nicht das Bemühen um Einvernehmen.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er war ja da im Gegensatz zu Ihnen! Also wirklich!)

– Ich kann doch nichts dafür, wenn er nicht versteht, was das Bundesverfassungsgericht erklärt.

Sie haben die Botschaft gestern nicht verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie wollen mit Nebelkerzen davon ablenken, dass Ihre Maßstäbe gestern grandios gescheitert wären, wenn sie im Bundesgesetzblatt gestanden hätten.

Im Übrigen sind auch die Blankoschecks namens Euro-Bonds vom Tisch.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie disqualifizieren sich ja nur selber!)

- (B) Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich gesagt: Ein Mechanismus, der automatisch den Steuerzahler belastet, ohne dass das deutsche Parlament davor ist, ist mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen. Genau das haben aber Cem Özdemir, Jürgen Trittin und Sigmar Gabriel in den letzten Wochen propagiert. Diese Vorschläge sind vom Tisch. Wenn verfassungskonforme Demokraten zu entscheiden haben, dann kommen sie auch nicht wieder auf den Tisch. Das ist eine gute Sache für den deutschen Steuerzahler und das deutsche Parlament.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat nun der Kollege Peter Altmaier von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Peter Altmaier (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir liegt am Ende der Debatte daran, die Gemeinsamkeiten, die deutlich geworden sind, hervorzuheben. Wenn ich das, was Sie heute Morgen gesagt haben und was wir in den letzten Tagen in den Zeitungen lesen konnten, richtig bewerte, dann komme ich zu dem Schluss, dass wir in 14 Tagen diesen Gesetzentwurf mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen verabschieden werden. Wir kehren damit zu der langen und bewährten Tradition zurück, dass grundlegende europapolitische Entscheidungen von allen verantwortlichen Kräften dieses Hauses gemeinsam getragen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C) Von allen verantwortlichen Kräften, habe ich gesagt. Es gibt eine Ausnahme. Das sind die Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei. Aber Sie handeln auch nicht verantwortlich, in europäischen Fragen schon gar nicht. Da Sie allen europapolitischen Entscheidungen nicht zugestimmt haben, bleiben Sie insofern Ihrer Tradition wenigstens treu.

Ich bin überzeugt, dass wir mit der Verabschiedung dieses wichtigen Regelungswerks im Rahmen der Euro-Gruppe das Signal an die Märkte senden, dass die Bundesrepublik Deutschland zu ihren Verpflichtungen und zu ihrer Rolle im Rahmen der europäischen Integration steht.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Altmaier, ich möchte Sie kurz unterbrechen. Der Kollege Ernst würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Peter Altmaier (CDU/CSU):**

Aber gerne.

**Klaus Ernst (DIE LINKE):**

(D) Herr Kollege Altmaier, da Sie die Verantwortung so hervorgehoben haben, möchte ich Ihnen eine Frage stellen. Erstens. Halten Sie es wirklich für verantwortlich, dass sich in einer gemeinsamen Währungsunion ein Land durch Lohndumping und Reduzierung von Löhnen und Renten permanent Vorteile verschafft, was dazu führt, dass andere Länder negative Bilanzen aufweisen und Schulden machen? Zweitens. Halten Sie es wirklich für verantwortlich, dass in einem gemeinsamen Europa anderen Ländern Programme aufgezwungen werden, durch die die Löhne weiter gesenkt, die Renten gekürzt und die Gesundheitssysteme infrage gestellt werden und die gleichzeitig zu einer weiteren Reduzierung des Wirtschaftswachstums führen? Drittens. Glauben Sie, dass dadurch die Zustimmung der Bürger in diesen Ländern zu einem gemeinsamen Europa erhöht oder eher verringert wird?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Jetzt reicht es aber!)

Viertens. Glauben Sie, dass durch immer neue Maßnahmen in Milliardenhöhe, die wir hier beschließen, die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Europa erhöht wird?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bevor Sie, Herr Altmaier, antworten, will ich darauf hinweisen, dass von Fragenketten nichts in der Geschäftsordnung steht, sondern nur von *einer* Frage.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Eine Kette hat mehrere Glieder!)

**Peter Altmaier (CDU/CSU):**

Herr Kollege Ernst, ich habe gesagt, dass sich die Linkspartei treu bleibt. Das gilt auch für Ihre Zwischen-

Peter Altmaier

- (A) frage. Das, was Sie als neoliberal und als Lohndumping kritisiert haben, und alle sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen der letzten zehn Jahre, von der Agenda 2010 bis zu dem, was die Koalition von CDU/CSU und FDP in den letzten beiden Jahren getan hat, ist nichts anderes als die Voraussetzung dafür gewesen, dass wir heute in Deutschland ein Wachstum haben, dass wir heute in Deutschland Lohnsteigerungen haben und dass wir heute in Deutschland eine gute Situation in den sozialen Sicherungssystemen haben, was den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommt. Wir machen unsere Politik in Europa, weil wir wollen, dass dieses erfolgreiche Wirtschaftsmodell nicht auf Deutschland begrenzt bleibt, sondern dass es sich auf alle Staaten der Europäischen Union ausdehnt und dazu führt, dass die Wirtschaft wächst und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch einen erhöhten Lebensstandard davon profitieren. Das haben Sie nicht verstanden, und das werden Sie auch in Zukunft nicht verstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Frage des Vertrauens in die gemeinsame europäische Währung beantworten jeden Tag die Devisenmärkte. Der Euro ist eine stabile Währung. Er hat in den letzten zehn Jahren an Wert gewonnen. Die Menschen investieren weltweit in den Euro. Es gibt niemanden, der den Euro schlechtredet, wenn ich von Ihnen einmal absehe.

- (B) Als ich vorhin von der breiten Mehrheit gesprochen habe, habe ich den Kollegen Oppermann gesucht. Er versucht, das umzudrehen, und sagt: Wir stimmen zu. Aber hat denn die Koalition eine Mehrheit? – Wir haben jetzt zwei Jahre Erfahrung mit Abstimmungen. Unsere Koalition hatte nach jeder wichtigen Abstimmung in diesem Hohen Hause eine Mehrheit, die größer war als der Vorsprung ihrer Mandate aufgrund der Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. Ich schlage vor: Kümmern Sie sich um Ihre Mehrheiten. Wir kümmern uns um unsere Mehrheiten. Am Ende werden wir mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs ein gemeinsames und starkes Signal für unsere europäischen Partner und für die Märkte senden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –  
Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Wo ist denn der Bosbach?)

Ich will ein Wort zu den berühmten Euro-Bonds sagen. Wir sind doch nicht diejenigen gewesen, die dies zu einer ideologischen Frage gemacht haben. Der Bundesfinanzminister hat darüber ganz nüchtern diskutiert, und er hat begründet, warum wir glauben, dass sie auf absehbare Zeit nicht das richtige Instrument seien. Dann haben SPD und Grüne plötzlich und ohne Vorankündigung so getan, als hätten sie ein Allheilmittel zur Lösung aller Probleme in Europa. Das war leider Gottes nicht zielführend.

Wenn Sie mir nicht glauben, Herr Kollege Poß, dann glauben Sie vielleicht dem Finanzminister von Nordrhein-Westfalen Walter-Borjans.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist Quatsch!)

Er hat heute erklärt:

(C)

Bei Euro-Bonds bin ich zumindest reserviert.

(Joachim Poß [SPD]: Ja und?)

Die Bedingungen dafür, in die gemeinsame Verantwortung zu gehen, sind nicht erfüllt.

(Joachim Poß [SPD]: Das will doch auch keiner!)

Es geht nicht, dass man Freibriefe verteilt, nach dem Motto: Man bedient sich dieser Bonds, und die Garantie dafür müssen andere tragen, weil man sonst das gute Rating nicht bekommt. Da macht man es sich zu einfach.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herrn Borjans' Haushalt ist vom Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen schon einmal für verfassungswidrig erklärt worden. Offenbar hat das gewirkt. Hören Sie auf Ihren eigenen Finanzminister, und finden Sie zu einer vernünftigen, sachlichen Diskussion in dieser Frage zurück.

(Joachim Poß [SPD]: Ich bin in einem guten Gespräch mit ihm!)

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Sarrazin hat auf einen Punkt hingewiesen, der in der öffentlichen Kommunikation schwierig ist. Er hat gesagt: Sie sagen heute dies, und dann ändern Sie Ihre Meinung. – Das ist bei Ihnen noch nie vorgekommen; ich weiß das. Der Punkt ist natürlich, dass wir in dieser ganzen Staatsschuldenkrise, die einige Länder in Europa erfasst hat, zwei zum Teil gegensätzliche Ziele gleichzeitig verfolgen müssen: Es geht zum einen darum, dass man Solidarität mit denen übt, die in Schwierigkeiten sind, und ihnen hilft, aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Dass wir dazu bereit sind, haben wir in den letzten zwölf Monaten wiederholt bewiesen. Zum anderen geht es darum, dass wir auch dafür sorgen, dass aus den Fehlern gelernt wird und dass in Europa eine Stabilitätskultur verankert wird, in der vermieden wird, dass wir in zwei, drei oder vier Jahren in genau derselben Situation sind.

So, wie ich eben gesagt habe, Sie sollten auf Herrn Borjans hören, sage ich: Schauen Sie nach Italien. In Italien war es so, dass man im August, als die Krise plötzlich überhandzunehmen schien, endlich bereit war, sich auf ein Sparprogramm zu einigen. Anschließend hat sich die Europäische Zentralbank an den Märkten betätigt und interveniert. Das Ergebnis war, dass die politischen Verantwortlichen in Italien als Erstes wesentliche Teile dieses Sparprogramms gekippt haben.

Lieber Herr Kollege Schneider, was glauben Sie denn, wie viele Regierungen in Europa noch die Chance hätten, Sparprogramme durch ihre Parlamente zu bringen oder Schuldenbremsen in den nationalen Verfassungen zu verankern, wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt Euro-Bonds einführen würden?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Peter Altmaier**

- (A) Das ist der Punkt: dass Sie Ihren eigenen Zielen entgegenarbeiten, wenn Sie solche Vorschläge zum falschen Zeitpunkt machen.

(Joachim Poß [SPD]: Lesen Sie doch Ihre eigenen Äußerungen! Sie haben sich doch offen zu den Euro-Bonds geäußert! Das verschweigen Sie doch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir eines Tages feststellen werden, dass wir mit der Verabschiedung der EFSF und mit seiner Ertüchtigung in diesem Jahr den nächsten großen Schritt in der europäischen Integration gegangen sind. Es ist richtig, dass die Politik in den letzten Monaten oftmals gezwungen war, in kurzen Abständen zu intervenieren, und dass viele den Eindruck hatten: Wir werden zum Teil zwar nicht getrieben, aber jedenfalls dazu angehalten, den Entwicklungen an den Märkten ein Stück weit hinterherzulaufen. Das ist problematisch. Wir müssen das Primat der Politik wiederherstellen. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht die Märkte, sondern die Politik die Rahmenbedingungen vorgibt.

(Joachim Poß [SPD]: So ist das! Hört! Hört!)

Ich sage Ihnen, dass es auch vor diesem Hintergrund richtig ist, jetzt den nächsten qualitativen Schritt in der europäischen Integration zu gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Niemand kennt das Endziel der europäischen Integration. Niemand weiß, wie viele Schritte man zu welchen Zeiten gehen muss. Aber in der gegenwärtigen Situation – nach der Bankenkrise, vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise – ist das Gebot der Stunde, das zu leisten, was beim Abschluss des Vertrages von Maastricht noch nicht möglich war, nämlich die Währungsunion durch eine Stabilitätsunion und durch eine vernünftige wirtschaftliche Steuerung in Europa zu komplettieren. Sie sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen und bei der Diskussion darüber, was notwendig ist, mitzumachen.

(Joachim Poß [SPD]: Die sind nicht überzeugt, da drüben! – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Kein Applaus von der Union!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist von vielen in dieser Debatte versucht worden, antieuropäische Ressentiments neu zu beleben. Es ist von vielen auch die Behauptung aufgestellt worden, es sei nicht möglich, eine gemeinsame Währung wie den Euro im 21. Jahrhundert dauerhaft zu verteidigen. Ich kann nur sagen: Diejenigen, die den Euro eingeführt haben – es sitzen viele in diesem Hohen Haus, die damals dabei waren, zum Teil mit Bauchschmerzen –, die damals den Mut dazu hatten, haben etwas geschafft, was es weltweit in dieser Form bis heute sonst nicht gibt. Der Euro ist nicht nur eine gemeinsame Währung. Er ist nicht nur ein Ergebnis der europäischen Integration, sondern er ist inzwischen auch weltweit das Symbol für das europäische Sozialmodell.

Wenn wir darüber reden, wie wir uns die weltwirtschaftliche Entwicklung in einer globalisierten Welt vor-

stellen – ob es eine egalitäre, eine neoliberale oder eine andere Entwicklung geben wird –, und uns anschauen, welche Wirtschaftsmodelle in anderen Staaten vertreten werden, dann sage ich Ihnen: Die Frage, ob der Euro Erfolg hat oder nicht, ist nicht nur eine währungspolitische Frage, sondern es ist eine ordnungspolitische Frage allererster Güte. Wir haben als CDU/CSU, als FDP dazu beigetragen, dass der Weg zum Euro möglich geworden ist. Wir werden gemeinsam – hoffentlich auch mit Ihnen – dafür sorgen, dass der Euro ein Erfolgsmodell bleibt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: Jetzt sind alle überzeugt da drüben, Herr Altmaier!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/6916 und 17/6945 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

(D)

